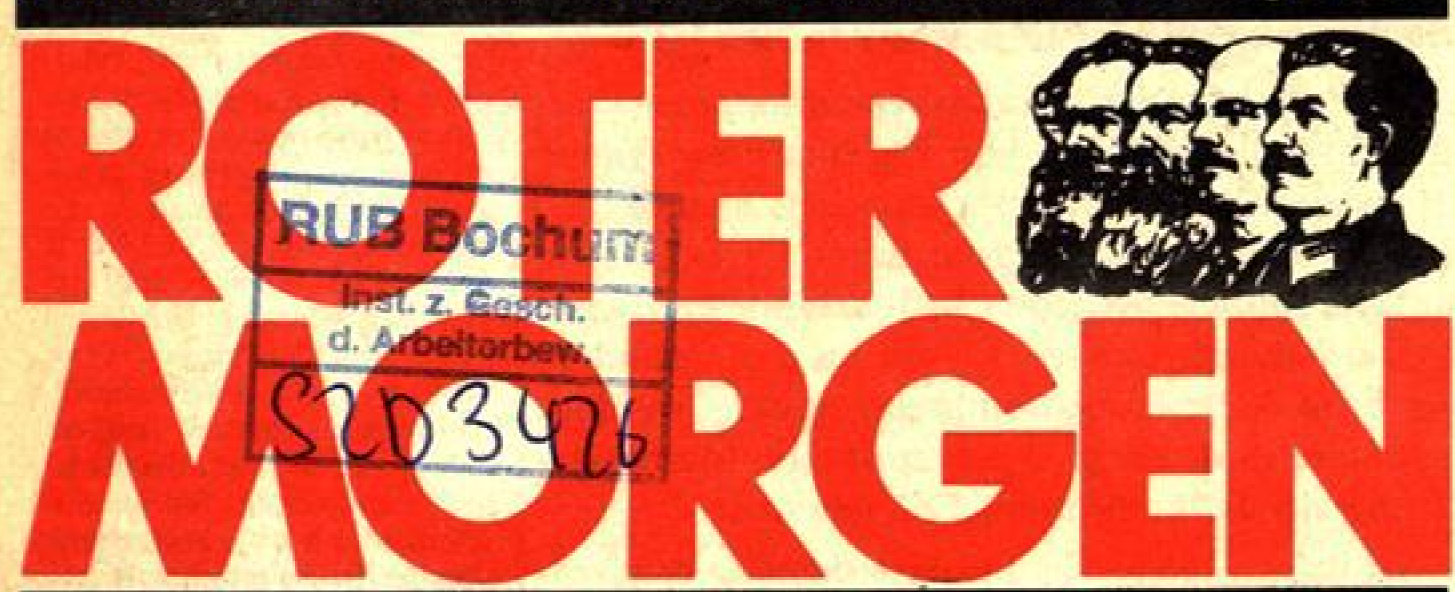
Albanien kämpft gegen die Folgen des Erdbebens **Seite 9**

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 17, 27. April 1979 13. Jahrgang 50 Pfennig

Immer mehr Kollegen fordern:

Kein Europawahl-Rummel am 1. Mai!

Eine wachsende Opposition regt sich gegen die Pläne der DGB-Führer, die diesjährigen Maikundgebungen in den Dienst der Europawahlen zu stellen. In Resolutionen und Protesten richten sich Kollegen auch dagegen, daß überhaupt Regierungsvertreter als Redner eingeladen worden sind bzw. daß in einigen Städten sogar die Maikundgebungen ganz wegfallen sollen.

So fordert die ÖTV-Betriebsjugendgruppe Stadtverwaltung Herne in einer Entschließung, daß am 1. Mai die Forderung nach der 35-Stunden-Woche und nach dem gesetzlichen Verbot der Aussperrung im Mittelpunkt stehen muß. Außerdem werden Forderungen der Lehrlinge erhoben. Sie erklären sich „absolut nicht einverstanden damit", daß der Bonner Minister Ehrenberg als Redner geladen ist. „Der 1. Mai ist kein Tag der Regierung, sondern ein Kampftag der Arbeiterschaft", heißt es in der Entschließung.

Auch in Heidelberg, wo der Ministerpräsident Späth sprechen soll, gibt es Proteste. 16 Arbeiter der Firma Teldix erinnern sich noch sehr gut daran, daß dieser 1.-Mai-Redner seinerzeit als Innenminister Tarifverhandlungen durch die Polizei bespitzeln ließ und Polizei gegen streikende Drucker in Reutlingen einsetzte. Die Kollegen fordern kategorisch vom DGB, Späth wieder auszuladen und durch verschiedene Arbeitervertreter aus Heidelberger Betrieben zu ersetzen. Geradezu als Provokation müssen es die VW-Arbeiter empfinden, daß der DGB in Wolfsburg den Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei als Redner bestellt hat. Diese „Gewerkschaft" schweigt zu den Polizeieinsätzen gegen streikende Arbeiter, wie etwa beim Streik der Druckereiarbeiter, und fordert ständig bessere Bewaffnung der Polizei.

Die KPD/ML und die RGO unterstützen die Anstrengungen der Gewerkschafter, die Pläne des DGB für einen Europawahl-Rummel am 1. Mai zu durchkreuzen und die brennenden Forderungen der Arbeiterschaft in den Mittelpunkt kämpferischer Maidemonstrationen zu stellen, nämlich: die 35-Stunden-Woche und das gesetzliche Verbot der Aussperrung!

(Siehe auch Seite 5.)



Tarifabschluß im Ruhrbergbau

Kaum ein Inflationsausgleich

Essen, 19. 4. 79. Nach sechsstündiger Verhandlung in der dritten Tarifrunde war der Abschluß perfekt. Das Ergebnis: 4,2 Prozent mehr Lohn und Gehalt ab 1. Mai, zwei Tage mehr Urlaub in diesem Jahr, bis 1983 sechs Wochen Urlaub für alle, außerdem zwei Freischichten für Untertagebeschäftigte, die auch auf Nachtschicht gehen.

Dieser Abschluß ist für die 143 000 Beschäftigten des Steinkohlebergbaus an der Ruhr völlig unzureichend. Nachdem schon die offiziellen Prognosen eine Preissteigerungsrate von 4 Prozent voraussagen, kann von einer wirklichen Lohnerhöhung nicht die Rede sein.

Von vornherein hat die IGBE-Führung auf die Forderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit verzichtet. Doch gerade für das Ruhrgebiet ist die Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich von besonderer Bedeutung, liegt doch hier die Arbeitslosigkeit mit 6,4 Prozent deutlich über dem Bundesmittel. Auch von den Arbeitsbedingungen der Kumpels her ist die 7-Stunden-Schicht längst überfällig.

IGBE-Sprecher Hans Alker nannte den Abschluß „für beide Seiten tragfähig". Immerhin hat er damit zur Hälfte recht. Die Kapitalseite wird über diesen Abschluß mehr als zufrieden sein, öffnet er doch Tür und Tor für verschärfte Rationalisierungsmaßnahmen. Die Einschätzung vieler Gewerkschafter sieht aber entschieden anders aus. (Auf Seite 3: Interview mit einem IGBE-Funktionär).

14jähriger begeht Selbstmord

Staatsanwalt: „Ein bedauerlicher Ausrutscher"



Das einzige, was seiner Familie geblieben ist: ein Kinderbild von Rudi Anuth.

Ostersonntag wird der vierzehnjährige Rudi Anuth in einer Gefängniszelle der Bochumer Justizvollzugsanstalt Krümmede tot aufgefunden. Er hatte sich erhängt. Eine Dortmunder Jugendrichterin hatte Haftbefehl gegen ihn ausgestellt, als er zusammen mit Freunden nach einem Gaststätteneinbruch geschnappt worden war. Wie einen Raubmörder sperrte man ihn in eine Einzelzelle und überließ ihn seinem Schicksal. Niemand wurde vorgelassen, noch nicht einmal seine Mutter. Wie oft haben sich Experten über einen *„humanen Strafvollzug"* ausgelassen, mit welch schönen Worten ist das Jahr 1979 zum *„Jahr des Kindes"* erklärt worden.

Aber wo die Mühlen der Justiz zu mahlen beginnen, sind diese Sonntagsreden vergessen. Für Gefängnisleitung und Staatsanwaltschaft ist die Sache erledigt, für sie ist es ein bedauerlicher Ausrutscher.

Das Beklemmende an der ganzen Sache ist: Das unmenschliche Verhalten der Behörden steht im völligen Einklang mit den herrschenden Gesetzen. (Siehe Artikel Seite 3).

Amerikanische Horchposten nach China?

Anläßlich eines Besuchs einer Delegation des US-Senats bot Deng Xiaoping den amerikanischen Imperialisten an, auf chinesischem Staatsgebiet Horchposten zur Überwachung der Sowjetunion einzurichten.

Einzige Bedingung: Die chinesische Führung müßte in die elektronische Ausrüstung der Amerikaner eingeweiht werden. Nichts ist den chinesischen Revisionisten heilig, wenn es darum geht, möglichst schnell eine imperialistische Supermacht zu werden.

Scheinwahlen in Rhodesien

Buchstäblich vor den Gewehrläufen der weißen Minderheitsregierung sind die Scheinwahlen in Rhodesien abgelaufen. Während der Wahltage sind mindestens 200 Patrioten von den Regierungstruppen ermordet worden. Beobachter der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung zeigten sich infolgedessen „beeindruckt von den freien und fairen Wahlen". Einen Tag nach der Wahl flog die rhodesische Luftwaffe erneut Terrorangriffe gegen Sambia.

Aussperrung rechtswidrig?

Als die Unternehmer im vorigen Jahr den Schwerpunktstreik der Drucker und Setzer mit einer brutalen Flächenaussperrung in die Knie zwingen wollten, zogen einige Kollegen mit Unterstützung der IG Drupa vor das Arbeitsgericht. Sie beriefen sich auf Artikel 29 der hessischen Landesverfassung, der die Aussperrung verbietet.

Nachdem die meisten Landesarbeitsgerichte die Aussperrung für rechtmäßig erklärten, erregte das Urteil des Landesarbeitsgerichtes Hessen einiges Aufsehen. Die hessischen Landesrichter erkannten die eingeklagten Lohnansprüche der Kollegen an. (Siehe Kommentar auf Seite 2).

Aufruf

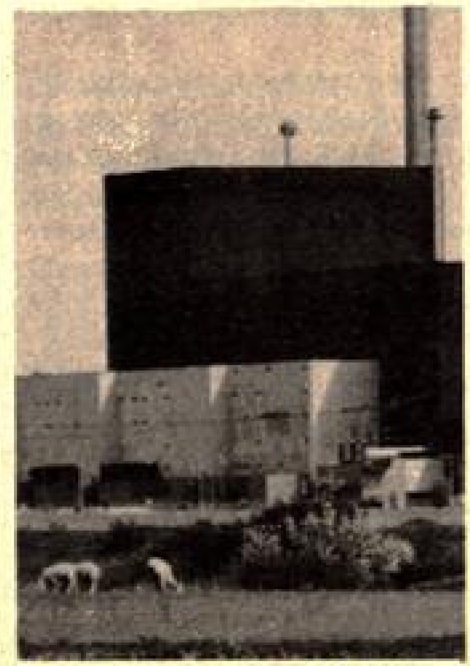
Die „Generalunion afghanischer Studenten im Ausland" ruft zu einer Demonstration gegen das sozialfaschistische Taraki-Regime auf: **Samstag, 28. April 1979, 10.30 Uhr, Bonn, Hofgarten, am Hauptgebäude der Universität.**

Der Kampf gegen das Bonner Atomprogramm geht weiter!

Allein am letzten Wochenende demonstrierten wieder mehrere tausend Menschen ihren Willen, sich mit dem selbstmörderischen Energieprogramm der Regierung in Bonn niemals abzufinden.

Harrisburg hat sämtliche Lügengebäude über die angebliche Reaktorsicherheit zum Einsturz gebracht. Das heuchlerische Taktieren der Politiker, die gestern noch alle Bedenken vom Tisch wischten, macht deutlich, daß sie die Bewegung gegen das Betreiben und den Neubau von AKWs nicht ignorieren können.

Die Kette der atomaren Zwischenfälle in aller Welt reißt nicht ab. In der britischen Wiederaufbereitungsanlage in Windscale ist nach einem Leitungsbruch über 10 000 Liter hochgradig radioaktiv verseuchtes Wasser ausgelaufen und sechs Meter tief in den Boden eingesickert. Nach Angaben der Behörden besteht wie immer keine Gefahr. Auch die Sowjetunion hat inzwischen zahlreiche Unfälle öffentlich zugeben müssen (siehe auch Bericht aus Brunsbüttel, S. 3).



AKW-Brunsbüttel: 7000 demonstrierten hier letztes Wochenende.

Über 20 000 demonstrierten in Straßburg

Protestwelle gegen Majdanek-Urteile

Über 20 000 Demonstranten aus 19 Nationen erhoben am vergangenen Wochenende in Straßburg auf einer machtvollen Demonstration ihre Stimme gegen die drohende Verjährung von Nazi-Verbrechen in der Bundesrepublik.

Was die Teilnehmer dieser antifaschistischen Manifestation bewegt, das ist die bedenkliche Entwicklung des Bonner Staates, der sich in den Augen der Völker Europas das Markenzeichen eines Berufsverbote-, Aussperrungs- und Polizeistaates erworben hat und der sich nun anschickt, immer offener den Faschismus zu rehabilitieren. Die Duldung des Treffens der ehemaligen SS-Totenkopf-Division in Arolsen ist ein aktuelles Anzeichen dieser Rehabilitierung.

Empörung und Zorn riefen bei den Teilnehmern der Demonstration, wie in der ganzen europäischen Öffentlichkeit, die skandalösen Freisprüche für vier berüchtigte SS-Mörder des KZ Majdanek hervor. Weil angeblich die Beweise nicht ausreichten, waren die Verbrecher ohne Strafe davongekommen. Dabei kann es an ihrer Schuld aufgrund der Zeugenaussagen keinen Zweifel geben. Jetzt drohen nach und nach alle Angeklagten nach dem gleichen Muster freigesprochen zu werden!

Der Majdanek-Prozeß hat schon lange wegen seiner skandalösen Prozeßführung Proteste hervorgerufen. Die Anwälte der Angeklagten, die zum Teil selber Faschisten sind, bekommen jeder pro Verhandlungstag 650 Mark! Im Falle des Freispruchs — aus der Kasse des Steuerzahlers! (Zum Majdanek-Prozeß siehe auch Seite 7).



Mannesmann-Arbeiter aus Duisburg bildeten einen mächtigen Block in Straßburg.

Kommentar

Ein gesetzliches Verbot der Aussperrung ist notwendig

Am Dienstag vergangener Woche hat das Landesarbeitsgericht Frankfurt die Aussperrung für rechtswidrig erklärt. Es ist das erste Mal, daß in zweiter Instanz eine gewerkschaftliche Klage gegen die Aussperrung erfolgreich war.

Für die Kapitalisten ist dieses Urteil natürlich ein Ärgernis. Es wirft ihnen einen Knüppel zwischen die Beine, denn ihr Ziel ist es, den Aussperrungsterror, mit dem sie Tausende oder Zigtausende von Arbeiterfamilien schlagartig in wirtschaftliche Existenznot bringen können, als ihr unanfechtbares „Grundrecht" gesetzlich fest zu verankern.

Aber auch wenn das Frankfurter Urteil diesem Bestreben der Monopolherren zuwiderläuft, sollten wir seine Bedeutung nüchtern einschätzen. Diesem bisher einzigen Urteil eines Landesarbeitsgerichts gegen die Aussperrung stehen sieben Entscheidungen von Landesarbeitsgerichten und zwei Grundsatzentscheide des Bundesarbeitsgerichts entgegen, die entgegengesetzten Inhalts sind (1955 und 1971 erklärte das Bundesarbeitsgericht die Aussperrung für rechtmäßig).

Das Frankfurter Urteil gründet im übrigen in der besonderen Situation, daß Hessen das einzige Bundesland ist, dessen Landesverfassung ein eindeutiges Verbot der Aussperrung enthält. Das Urteil erklärt die Rechtswidrigkeit der Aussperrung ausdrücklich nur für Hessen. Die hessischen Unternehmerverbände reagierten auf den Richterspruch sofort mit der Erklärung, dieses Urteil sei mit dem Grundgesetz der Bundesrepublik unvereinbar und man gehe nach wie vor von der „Unwirksamkeit des Aussperrungsverbots der hessischen Verfassung" aus.

Es wäre also eine Illusion anzunehmen, mit diesem Urteil wäre die Aussperrung nun wenigstens in Hessen vom Tisch. Die Kapitalisten denken gar nicht daran, aufgrund dieses Urteils den Aussperrungsterror aus ihrem Arsenal zu verbannen. Sie argumentieren damit, daß Landesrecht nicht Bundesrecht brechen könne und verweisen auf die Grundsatzentscheide des Bundesarbeitsgerichts.

Selbst wenn man aber annehmen würde, es gelänge, das Bundesarbeitsgericht nun zu einem entgegengesetzten Urteil zu bewegen — eine eindeutige Rechtslage wäre damit immer noch nicht hergestellt. Nur ein gesetzliches Verbot der Aussperrung schafft hier klare Verhältnisse. Das wird gerade durch das Frankfurter Urteil und durch die Reaktion der Unternehmerverbände darauf noch einmal unterstrichen!

Die DGB-Führung sabotiert also den Kampf für das Verbot der Aussperrung, wenn sie die klare Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung bekämpft, so wie es Loderer kürzlich wieder auf der Großkundgebung auf dem Stuttgarter Killesberg getan hat. Statt ein gesetzliches Verbot der Aussperrung zu fordern, sollen wir nach dem Willen der DGB-Führung darauf hoffen, daß das Bundesarbeitsgericht „die Aussperrung wieder aus der Welt schafft". Das ist reine Abwiegelei. Die DGB-Bonzen wissen genau, daß der Bourgeoisie der Aussperrungsknüppel nur durch harten Klassenkampf aus der Hand geschlagen werden kann.

Warum haben denn die Kapitalisten seit Anfang des vergangenen Jahres den Aussperrungsterror so massiv angewendet? Weil sich der Klassengegensatz zwischen den Arbeitern und den kapitalistischen Ausbeutern durch die Vertiefung und Verschärfung der Krise zugespitzt hat und sich weiter zuspitzen wird. Die Kapitalisten wollen rücksichtslos den Widerstand der Arbeiter dagegen brechen, daß alle Krisenlasten auf ihren Rücken gewälzt werden. Und nicht nur das. Mit dem Aussperrungsterror wollen die Kapitalisten das Streikrecht vollends aushöhlen und den organisierten gewerkschaftlichen Kampf der Arbeiterklasse untergraben.

Die westdeutsche Bourgeoisie rechnet in den nächsten Jahren mit einem Anschwellen des Arbeitslosenheeres auf mehrere Millionen in der Bundesrepublik. Sie weiß, daß die Arbeiter sich mit dem kapitalistischen System nicht abfinden können. Um der weiteren Verschärfung der sozialen und politischen Gegensätze, der Zuspitzung des Klassenkampfes gewachsen zu sein, hat sich die westdeutsche Bourgeoisie daran gemacht, die wenigen demokratischen Rechte des Volkes abzubauen und die Faschisierung voranzutreiben. Vor diesem Hintergrund muß man den Aussperrungsterror der jüngsten Vergangenheit sehen.

Deshalb ist es nicht als Traumtänzerei, von der kapitalistischen Klassenjustiz des Bonner Staates zu erwarten, daß sie die Aussperrung aus der Welt schafft. Die Arbeiter müssen durch die Entfaltung eines machtvollen Kampfes das Parlament und die Regierung zwingen, ein gesetzliches Verbot der Aussperrung zu verhängen. Das ist notwendig, um den Angriffen der Bourgeoisie auf die elementaren sozialen und politischen Rechte des Volkes wirkungsvoll begegnen zu können.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag ROTER MORGEN GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr.: 321 000 290 (Verlag Roter Morgen). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

DDR: Vorzensur für ausländische Korrespondenten

Bonn als Sachwalter der freien Meinungsäußerung?

Am 14. April 1979 trat in der DDR die „Durchführungsbestimmung zur Verordnung vom 21. Februar 1973 über die Tätigkeit von Publikationsorganen anderer Staaten und deren Korrespondenten in der Deutschen Demokratischen Republik" in Kraft. Die neue Durchführungsbestimmung beinhaltet eine weitgehende Einschränkung der journalistischen Tätigkeit ausländischer Berichterstatter in der DDR. In Zukunft müssen Reisen ins Landesinnere mindestens 24 Stunden vorher beim Außenministerium angemeldet werden. Interviews sind generell genehmigungspflichtig. Auch spontane Meinungsumfragen unter der Bevölkerung sin dadurch unmöglich gemacht.

Das Zentralorgan der SED, „Neues Deutschland" schreibt: *„So sieht es auch die DDR als ihre Pflicht an, dafür zu sorgen, daß ihre Bürger vor Diskriminierung, Erpressung und anderen Belästigungen geschützt werden, daß das Bild der DDR nicht böswillig verzerrt wird."*

Journalisten, die Bürger diskriminieren, erpressen oder andersweitig belästigen, verstoßen gegen die Gesetze der DDR und können folglich ausgewiesen werden. Für diese Fälle sind die kürzlich beschlossenen Behinderungen nicht notwendig. Das Problem der Regierung in Ostberlin liegt ganz woanders.

Eine wahrheitsgemäße Berichterstattung über die soziale Lage der Bevölkerung in der DDR — etwa im Unterschied zu den SED-Bonzen — steht im Widerspruch zu den offiziellen Darstellungen und wird deshalb als *„böswillig verzerrend"* gewertet.

Eine wahrheitsgemäße Berichterstattung über den Terror an Mauer und Stacheldraht, über die Selbstschußanlagen gerät sofort in Widerspruch zu der SED-Version vom „antifaschistischen Schutzwall".

Die Berichterstattung über die Kämpfe der Bevölkerung, etwa der scharfe Protest gegen völlig überhöhte Kaffeepreise oder die spontanen Unmutsäußerungen der Jugend auf dem Alex gegen die Anwesenheit der russischen Besatzertruppen, wird von der SED-Führung als Einmischung in die inneren Angelegenheiten gewertet.

Wird von Journalisten der wahre Charakter des „Freundschaftspaktes" der DDR mit der Sowjetunion als nationaler Ausverkauf angeprangert, so ist auch das für die verantwortlichen Herren in Ostberlin eine *„böswillig verzerrende"* Darstellung.

Die neue Durchführungsbestimmung soll in erster Linie verhindern, daß die wirklichen Zustände, die in der DDR herrschen, ans Licht der Öffentlichkeit kommen. Dabei ist den Herren in Ostberlin schon die kleinste Abweichung von der offiziellen Lesart ein Dorn im Auge.

Presseorgane, die konsequent die gesellschaftlichen Mißstände in der DDR aufdecken, ihre Ursachen analysieren und den Ausweg weisen, fallen ohnehin unter die Rubrik „staatsfeindlich". Das Zentralorgan unserer Partei, der „Rote Morgen" Ausgabe DDR, kann nur in tiefster Illegalität vertrieben werden.

Hier in Westdeutschland mischen sich in den Chor des Protests viele falsche Stimmen. *„Herr Honecker, geben Sie Gedankenfreiheit!"* prangt es in großen Lettern in der „Bild"-Zeitung. SPD-Sprecher Lothar Schwarz spricht vom *„administrativen Versuch der Vorzensur"*, die Bundesregierung läßt die Muskeln spielen, aus Kreisen der CDU/CSU wird der Ruf nach wirtschaftlichen Sanktionen laut.

Den Herren in Bonn kommt die Sache gerade zur rechten Zeit. Kürzlich erst wurde bekannt, daß der bundesdeutsche Grenzschutz in Amtshilfe für den Geheimdienst sämtliche Pässe mit Stempeln aus osteuropäischen Staaten abgelichtet hat. Diese unerhörte, in aller Heimlichkeit durchgeführte Maßnahme stellt eine schwere Mißachtung elementarer Rechte dar.

Auch auf dem Gebiet der Pressefreiheit haben die Bonner Herren nicht das geringste Recht, sich über die Schritte in Ostberlin zu mokieren. Die Herren in Ostberlin mögen in vielen Fällen plumper vorgehen; doch auch in Westdeutschland ist es mit der im Grundgesetz garantierten Pressefreiheit nicht weit her. An erster Stelle sei hier der Paragraph 88 a genannt, der es bei drakonischer Strafe verbietet, positiv über Kämpfe zu berichten, die sich nicht genau in der bestehenden Rechtsordnung abspielen, seien es spontane Streiks oder Häuserbesetzungen.

Wie oft wurde der „Rote Morgen", Betriebs- oder Stadtteilzeitungen und Flugblätter der Partei durch Gerichtsbeschluß nachträglich zensiert!

Der Propagandakrieg, der sich zur Zeit wieder zwischen Ostberlin und Bonn abspielt — wobei von beiden Seiten die Interessen des Volkes im Munde geführt werden —, dient höchst unlauteren Zwecken.

Die DDR-Propaganda nimmt die politische Unterdrückung im kapitalistischen Westdeutschland zum Vorwand, den eigenen Staat als Land der Arbeiter und Bauern darzustellen. Die Bonner Propaganda nimmt die politische Unterdrückung in der DDR zum Vorwand, den eigenen Staat als Demokratie für das Volk aufzupolieren.

DGB-Vorstandsmitglied für Bundespolizei

Anfang April stattete der Generalinspekteur der Bundeswehr dem DGB-Chef Vetter einen Besuch ab. Solche Treffen sind heute normaler Bestandteil der Politik des DGB. Sie dokumentieren die völlige Aussöhnung der DGB-Führung mit den bewaffneten Formationen der Kapitalisten.



IGBE-Chef Schmidt im Gespräch mit Offizieren

Hatte der DGB schon der Wiederaufrüstung nur halbherzigen Widerstand entgegengesetzt, so verzichtete er nach Gründung der Bundeswehr vollständig auf den antimilitaristischen Kampf. Das ist eine äußerst verhängnisvolle Position für die deutsche Arbeiterbewegung, denn Aufbau, Ausrüstung und Bewaffnung der Bundeswehr zeigen, daß es sich dabei zum einen um eine Aggressionsarmee handelt, zum anderen um eine Bürgerkriegstruppe gegen die Arbeiterklasse und das Volk.

Kürzlich machte DGB-Vorstandsmitglied Gerhard Schmidt, zuständig für verteidigungspolitische Fragen, gegenüber dem Springer-Blatt „Die Welt" einige interessante Äußerungen. Heuchlerisch warnte er davor, *„daß die Bundeswehr auch nur ein einziges Mal in der Innenpolitik, in der Auseinandersetzung nach innen eine Rolle spielen darf"*. Abgesehen davon, daß über den Einsatz der Bundeswehr nach innen schon längst durch die Verabschiedung der Notstandsgesetze positiv entschieden wurde, wollte Schmidt mit seinem Bekenntnis keineswegs die Notwendigkeit einer Bürgerkriegstruppe verneinen. Im Gegenteil, Schmidt ist gleich mit konstruktiven Vorschlägen bei der Hand.

Wenn die Bundeswehr nicht nach innen eingesetzt wird, darf der Bundesgrenzschutz keine *„kleine zusätzliche Bürgerkriegstruppe"* bleiben. Er müsse sich vielmehr von einer *„Grenztruppe mit pseudomilitärischem Charakter hin zu einer Bundespolizei"* entwickeln.

Von seinem arbeiterfeindlichen Standpunkt aus zog er auch gleich die Lehren aus der Vergangenheit. Es sei falsch gewesen, daß die „organisierte Arbeiterschaft" Die Reichswehr abgelehnt habe. Unverblümt fordert er damit, die Arbeiterklasse hätte sich besser mit der wichtigsten Stütze des Hitler-Faschismus ausgesöhnt.

Da ist es nur konsequent, wenn sich die DGB-Führung auch heute offen für bewaffnete Formationen der Bourgeoisie gegen das Proletariat starkmacht.

Mrs. Thatcher hetzt gegen Streikposten

Im Rahmen des britischen Wahlkampfs hat sich die Chefin der Konservativen Partei, Margaret Thatcher, mit üblen Ausfällen gegen die kämpferische britische Arbeiterklasse profiliert. Offensichtlich sind ihr die langanhaltenden Streikkämpfe der letzten Monate und das Durchbrechen des staatlichen Lohndiktats ein Dorn im Auge. Sie verglich die gewerkschaftlichen Streikposten mit Taschendieben, die die Straße der Städte unsicher machten. Sie sei entschlossen, die Gesetze mit einer „Stahlbarriere" zu schützen, die nicht mehr überwunden werden könne.

In den großbürgerlichen und aristokratischen Kreisen Englands wird sie mit Sicherheit lebhafte Zustimmung ernten. Ob allerdings das Proletariat diese arbeiterfeindliche Hetze hinnehmen wird, ist eine ganze andere Frage.

Einladung nicht befolgt

In der letzten Woche lud Regierungssprecher Bölling alle in Ostberlin akkreditierten westdeutschen Korrespondenten von Presse, Funk und Fernsehen nach Bonn ein, um eine „ausführliche Unterhaltung über die pressepolitischen Maßnahmen" zu führen. Einige Journalisten, darunter der Korrespondent der „Süddeutschen Zeitung", waren der Einladung nicht gefolgt, um nicht den Eindruck zu erwecken, sie arbeiteten im Auftrag der Bundesregierung in der DDR.

Tod durch Schering-Pille?

Der schwedische Kriminalinspektor Bo Lindström hat die Schering AG verklagt. Seine Frau, die Kinderkrankenschwester Anita Lindström starb mit 28 Jahren an einem Blutpropfen im Gehirn, nachdem sie drei Jahre lang das Schering-Hormonpräparat „Anovlar" eingenommen hatte. Bo Lindström: *„Ich bin überzeugt davon, daß die Pillen Anitas Tod verursachten"*.

Gegen vier schwedische Pharmaproduzenten ist ebenfalls Anklage erhoben worden. Den fünf Firmen wird insgesamt der Tod von 35 Frauen und die Invalidität von über 60 Frauen vorgeworfen.

Schering bestreitet jeden Zusammenhang zwischen dem Tod der Frauen und der Pillen. Dieselbe Argumentation ist schon im Rahmen des Duogynon/Cumorit-Skandal benutzt worden. Schering scheint allerdings selbst nicht von seiner Unschuld überzeugt zu sein. Die beiden besten Anwälte Schwedens wurden engagiert.

Zitat der Woche

„Die Marktwirtschaft muß in Spanien noch sehr lange Zeit aufrechterhalten werden, denn wir wollen keinen Sozialismus mit Lebensmittelkarten". (Santiago Carillo, Chef der spanischen Eurokommunisten)



14jähriger erhängt in Gefängniszelle aufgefunden

Am Ostersonntag wird im Bochumer Gefängnis Krümmede ein Häftling tot aufgefunden. Er hat sich mit seinem eigenen Gürtel am Fensterkreuz seiner Zelle erhängt. Nach sechs Tagen strenger Einzelhaft. Dieser Häftling ist 14 Jahre alt. Ein Kind. Der Schüler Rudi Anuth aus dem Dortmunder Arbeiterviertel Hörde.

Darf man denn einen 14jährigen Schüler, ein Kind also noch, ins Gefängnis sperren? In eine Einzelzelle? Man darf. Man darf sogar noch mehr. Man darf die Mutter, die ihr Kind dort besuchen will, an den Gefängnistoren wieder zurückschicken. Besuchsverbot. Alles im Einklang mit den Gesetzen.

Was war geschehen? Einbruch in eine Gaststätte, auf frischer Tat von der Polizei ertappt, schreiben die Zeitungen. Als wir mit dem Wirt sprechen, der Anzeige erstattet hatte, sagt er uns, was gestohlen wurde: Zigaretten, Schallplatten aus einem Musikautomaten, ein Lederfußball, Geld aus einem Sparclubkasten. Für ihn war das eine Lappalie. Nicht so für die Dortmunder Jugendrichterin. Sie stellte gegen Rudi und seine beiden 15jährigen Freunde, die in die Gaststätte eingebrochen waren, Haftbefehl aus und ließ die drei Jungen zunächst in das Dortmunder Gefängnis sperren. Begründung: Verdunkelungsgefahr . . .

Sicher, Rudi ist kein Musterknabe. Das verschweigt auch seine Mutter nicht. Zusammen mit gleichaltrigen Freunden begeht er zahlreiche handfeste Streiche, kommt früh mit Polizei und Gesetz in Konflikt. Auch in der Familie läuft nicht alles harmonisch. Das Geld ist bei sechs Kindern knapp. Vater und Mutter leben getrennt. Rudi versteht sich mit seinem Vater nicht. Aber ist Rudi deshalb ein Schwerverbrecher, eine „Gefahr für die Allgemeinheit", wie es im Juristendeutsch heißt, vor der man die Gesellschaft schützen muß?

Das Gericht sagt: Ja. Es verurteilt Rudi in einem Prozeß zu zehn Monaten Gefängnis auf Bewährung, weil er am Heiligen Abend 1978 zusammen mit Freunden unter anderem ein Spielzeugauto (!) in einem Geschäft gestohlen haben soll. Eine Tat, die Rudi abstreitet.

Der Prozeß findet im April dieses Jahres statt, wenige Tage nachdem Rudi in Haft genommen worden war. Nach dem Prozeß wird er vom Dortmunder Gefängnis in die Bochumer Krümmede überwiesen. In ein Gefängnis, das hauptsächlich für Schwerverbrecher vorgesehen ist. Was geht in einem Kind vor, das in einem solchen Gefängnis in einer kahlen Einzelzelle sitzt, alleingelassen? Das weiß, daß es diese Zelle nur verlassen wird, um erneut verurteilt zu werden? Wir wissen nicht, was in Rudi vorging. Wir wissen nur eins — daß er in den Tod getrieben wurde.

Ein bedauerlicher Ausrutscher, hörte man nach dem Bekanntwerden von Rudis Tod von Staatsanwaltschaft und Gefängnisleitung. Ein Ausrutscher? Beileibe nicht! Was hier geschah, war vollständig legal. Kann jeden Tag wieder passieren. Das weiß auch der Dortmunder Oberstaatsanwalt Koch. „Denn", so erklärt er, „was sollen wir solche Leute, bei denen das Elternhaus nicht in Ordnung ist und bei denen eine Verurteilung doch so oder so wahrscheinlich ist, erst in ein geschlossenes Erziehungsheim stecken, wenn sie nachher doch in die Haftanstalt müssen?" Nicht, daß wir hier den Erziehungsheimen, so wie sie heute bestehen, das Wort reden wollen. Aber was ist das für ein Staat, der Kinder ins Gefängnis sperrt?

Nur zwei Tage nach Rudis Tod werden im Düsseldorfer Majdanek-Prozeß vier Angeklagte freigesprochen. Keiner dieser vier ehemaligen SS-Schergen und KZ-Aufseher hat jemals ein Gefängnis von innen gesehen. Bei ihnen gab es weder Flucht- noch Verdunkelungsgefahr. Das ist die bundesdeutsche Justiz, wie sie leibt und lebt. Sie schützt die Gesellschaft nicht vor Nazi-Mördern. Sie schützt sie vor Kindern.



Das Gefängnis Krümmede in Bochum, in dem Rudi Anuth in Einzelhaft saß und schließlich Selbstmord verübte.

Liebe Leser!

Nun ist es also auch bei uns so weit:
Ab der übernächsten Nummer wird der „Rote Morgen" 1,-- DM kosten. Das Jahresabonnement des „Roten Morgen" inklusive Porto, Verpackung und Nachnahmegebühren wird auf 60,-- DM erhöht.
Die Preiserhöhung haben wir uns nicht leicht gemacht. Aber: Seit 1973 kostet der RM nur 50 Pfennig. Während wir seit fünf Jahren unsere „Schottenpreise" halten, langen unsere Lieferanten jedes Jahr kräftiger hin. Von 1974 bis 1979 sind die Herstellungskosten des „Roten Morgen" um glatte 100 Prozent gestiegen. Erhöhte Kosten für Porto und Verpackung kommen hinzu. Zu berücksichtigen ist auch: Als der RM 1973 für 50 Pfennig verkauft wurde, hatte er nur acht Seiten. Heute hat er immer zwölf Seiten, früher regelmäßig im Monat einmal 16 Seiten.
Also: Mit 50 Pfennig geht es nicht mehr weiter. Wir müssen 1,-- DM nehmen. Nicht um einen Pfennig am RM zu verdienen, sondern lediglich um unsere Defizite auszugleichen und den RM ab dem Herbst regelmäßig umfangreicher und vielseitiger herausgeben zu können.

Was unsere Finanzen angeht, es kann uns natürlich auch geholfen werden!
Vorschlag Nr. 1: Spendet mal wieder für den „Roten Morgen"! Jede Mark tut uns gut!
Vorschlag Nr. 2: Leser werben Leser! Schaut euch doch noch mal in eurem Kollegen- oder Bekanntenkreis um. Sicherlich sind hier noch Abonnenten für den „Roten Morgen" zu finden.
Und weil Belohnungen anspornen, haben wir auch gleich einige Preise für erfolgreiche Abo-Werber ausgesetzt:
— Wer einen neuen Abonnenten wirbt, erhält den revolutionären Roman „Als die Nacht verging" von Iwan Popow (2 Bände) oder die Elbspeelers-LP „Nach der Arbeit".
— für 2 neue Abonnenten gewinnt man Band I und II der Ausgewählten Werke des Genossen Enver Hoxha oder das Album der „Schmetterlinge": „Proletenpassion";
für 3 oder mehr neue Abonnenten gewinnt man sage und schreibe eine Gesamtausgabe der Werke des Genossen Stalin oder das Schallplattenalbum mit dem Stück von Bert Brecht „Die Mutter".
Wenn das nichts ist! Also nichts wie ran!
Herzlichst Euer Verlag Roter Morgen.

Bestellschein
Ausschneiden, auf Postkarte kleben und einsenden an:

Verlag
Roter Morgen
Postfach 300526
4600 Dortmund 30

Hiermit bestelle ich ein Abonnement des „Roten Morgens" ab Nr. . . . .

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: . . . .
Straße: . . . .
PLZ/Ort: . . . .

Unterschrift: . . . . **Datum:** . . . .
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt: ○ jährlich **60 DM** ○ halbjährlich **15 DM**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Werber des neuen Abonnenten:

Name: . . . .
Straße: . . . .
PLZ/Ort: . . . .

Als Prämie wünsche ich mir: . . . .
(Für Leser, die mehrere Abonnenten neu geworben haben: bitte möglichst alle Neubestellungen zusammen an den Verlag schicken!)

Spendet für den „Roten Morgen"!
Auf die Konten:
KPD/ML, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30
Stadtsparkasse Dortmund, Kto.–Nr. 321004547
PSchA Dortmund, Kto.-Nr. 6420-467



7000 demonstrierten gegen AKW Brunsbüttel

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe (BUU) hatte für Samstag, den 21. 4. zu einer Demonstration nach Brunsbüttel aufgerufen. Die umfangreiche Propagandaarbeit hatte dafür gesorgt, daß sich viele Einwohner Schleswig-Holsteins einfanden. Die BUU hatte insgesamt an die 90000 Aufrufe verteilt und 9000 Plakate verklebt.

Die polizeiliche Anordnung, in Dreierreihen zu demonstrieren, wurde selbstverständlich nicht befolgt. Die Bevölkerung Brunsbüttels begrüßte die Demonstration. Viele Einheimische reihten sich in den Zug ein.

Die Dithmarscher Ärzte, deren Resolution wir in unserer letzten Ausgabe veröffentlichten, demonstrierten in einem eigenen Block. Sie hatten ihre Ärztekittel übergestreift. „Da kommt der weiße Block", hieß es bei den übrigen Teilnehmern. Die Frauengruppen, die den Aufruf der BUU unterstützten, marschierten ebenfalls geschlossen im Demonstrationszug mit. Auch die KPD/ML hatte sich eingereiht.

Im Anschluß an die Demonstration gab es noch eine gut besuchte Versanstaltung, wo die Brunsbütteler noch einmal ihre schweren Einwände gegen das AKW zusammenfaßten.

Das größte technische Problem ist die sogenannte Resonanzschwingung, die auftritt, wenn der Reaktor von voller Kraft auf halbe Kraft gefahren wird. So ist es bei dem letzten schweren Zwischenfall passiert, daß ein Stutzen, der normalerweise einem Druck von 70 bar standhält, bei 20 bar abgerissen ist. Besonders gefährlich ist dieser ernste Mangel, weil der Reaktor insbesondere bei einem Störfall heruntergefahren wird.

Wie die BUU mitteilte, wird der Reaktor frühestens im Herbst wieder eingeschaltet, wenn es nach dem Willen der Betreiber geht. Sämtliche Reparaturarbeiten, die erst für die Jahre 1980 und 1981 vorgesehen waren, sind vorgezogen worden. Doch das Ziel der BUU ist nach wie vor: **Stillegung des Reaktors in Brunsbüttel.**

Am gleichen Wochenende fand auch in Frankfurt eine Anti-AKW-Demonstration statt. 1000 Teilnehmer aus Koblenz, Neuwied, Bonn und kleinen Rheinuferstädtchen hatten sich dort eingefunden, um gegen den Bau des AKW in Mülheim-Kärlich zu protestieren. Verschiedene Reaktorteile dieses AKWs werden von der amerikanischen Firma Babcock&Wilcox hergestellt. Von dieser Firma stammt auch das Sicherheitssystem des Unglücksreaktors in Harrisburg.

Reaktionen auf Harrisburg in Westdeutschland

Hans Koschnik, stellvertretender SPD-Vorsitzender und Bremer Bürgermeister, ist wie zahlreiche andere Politiker auch der Meinung, daß ohne Atomenergie mit der Zeit die Lichter ausgehen. Im Gegensatz zu vielen seiner Kollegen geht er allerdings um einiges geschickter vor. Im Bonner SPD-Pressedienst ließ er erklären, den Energieverhalten jedes einzelnen werde in Zukunft ein wichtiger Teil des Sozialverhaltens ganz allgemein werden müssen. *„Die Zahl der zu bauenden Atommeiler hängt davon ab, ob konsequentes Energieverhalten ein Teil unseres Sozialverhaltens werden kann".*

\+ + +

Guido Brunner, deutsches Mitglied der europäischen Kommission meint, daß ein völliger Verzicht auf Kernenergie „katastrophale Folgen für Wachstum und Beschäftigung" habe. Im Süddeutschen Rundfunk sprach er von mehr als einer halben Million gefährdeter Arbeitsplätze. Für eine Energiepolitik, die eine Ausnutzung der Atomenergie festgelegt ist, hat er zweifellos recht.

\+ + +

Hans-Günter Schumacher, Vorsitzender des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) verlangte erneut die **sofortige Stillegung aller AKWs.** In einer Erklärung vom 18. 4. wies er insbesondere die politischen Parteien darauf hin, daß es zur Zeit in der Bevölkerung eine *„gesicherte Mehrheit"* für ein Abschalten der AKWs gäbe.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Empörung in der IG Druck über Nacht- und Nebelabschluß

Mahleins Heuchelei

Das Unternehmerangebot sei weder von der Struktur noch vom Umfang her akzeptabel: ein neuer Manteltarifvertrag müsse eine Arbeitszeitverkürzung für alle Beschäftigten sowie arbeitsplatzsichernde Bestimmungen enthalten.

Diese Erklärung verbreitete die Führung der IG Druck und Papier noch kurz vor ihrem Nacht- und Nebelabschluß, der ganz auf der Linie des Unternehmerangebots liegt und eine Festschreibung der 40-Stunden-Woche auf fünf Jahre (bis 1983) bedeutet.

Noch kurz vor diesem Schandabschluß wurde in den Betrieben ein zentrales Flugblatt der IG Druck und Papier verbreitet, herausgegeben vom Hauptvorstand und unter der Verantwortlichkeit von Detlev Hensche. In diesem Flugblatt wird der Beschluß der Tarifkommission veröffentlicht, der das Unternehmerangebot als nicht akzeptabel bezeichnet. Außerdem wird in dem Flugblatt ausführlich die dringende Notwendigkeit der 35-Stunden-Woche erläutert.

Unter diesen Umständen hätte es kaum ein Kollege für möglich gehalten, daß die Gewerkschaftsführung der Basis einen derartigen Abschluß vor den Latz knallen würde! Ohne Urabstimmung und Streik und kurz vor Ostern. Zu einem Zeitpunkt, als niemand mit einem Tarifabschluß rechnete.

Die Drupa-Führer haben die Kollegen auf üble Art verschaukelt und hinters Licht geführt. Ihre Taktik war darauf abgestellt, die Basis zu überrumpeln.

Dieses Vorgehen steht in krassem Widerspruch zu dem radikalen Auftreten von Mahlein und Hensche. Von ihren Sprüchen her gesehen, könnte man tatsächlich in die Illusion verfallen, diese Gewerkschaftsführer würden — im Gegensatz zu einem Loderer, Kluncker oder Hauenschild — dem Kampf für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich nicht in den Rücken fallen.

Wer solches glaubte, sollte jetzt dieser Illusion den Abschied geben und sich auch nicht von Mahleins Demagogie beeindrucken lassen. Mahlein versucht, den Verrat der IG-Druck-Führung mit der Behauptung zu rechtfertigen, das bestehende Kräfteverhältnis habe einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche verhindert.

Mahlein spielt mit diesem Argument auf den Streik in der Stahlindustrie an sowie auf den Ausgang der Manteltarifverhandlungen in der Metallverarbeitung und in der chemischen Industrie. Aber warum kam es in diesen Bereichen zur Festschreibung der 40-Stunden-Woche? Waren etwa die Arbeiter nicht kampfbereit? Hätten vielleicht die Kapitalisten mit ihrem Tabukatalog durch einen machtvollen, geschlossenen und konsequent geführten Streik nicht zum Nachgeben gezwungen werden können?

Das wollen uns die Herren DGB-Führer weismachen. Aber sie werden durchschaut! Die Vertrauensleute der Stahlzentren an Rhein und Ruhr haben das Nötige zu diesem Thema in ihren Resolutionen gesagt. Sie haben den IGM-Bonzen ins Gesicht gesagt: Ihr habt den Streik genau in dem Moment abgewürgt, als er bei den Kapitalisten Wirkung zu zeigen begann!

Wenn das Kräfteverhältnis schuld gewesen sein soll, warum haben Mahlein und Konsorten dann die Mitglieder an der Nase herumgeführt? Warum haben sie die Basis mit einem Nacht- und Nebelabschluß überrumpelt? Mahlein hat bereits vor einem Jahr vorexerziert, wie man mit der abwieglerischen Schwerpunkttaktik eine Streikfront spaltet und die Kampfkraft der Arbeiter untergräbt. Sein Gerede vom Kräfteverhältnis ist reine Heuchelei!

Geheimtreffen

Aus IG-Druck-Kreisen erhielten wir einen Hinweis, daß sich die IG-Druck-Vorstandsmitglieder Mahlein und Ferlemann am 13. März '79 mit Gerold Mack, Vizepräsident des Bundesverbandes Druck, getroffen haben. Beide Seiten hätten absolute Vertraulichkeit zugesichert. Die Vertreter der IG Druck erklärtermaßen aus dem Grunde, weil sie den Vorwurf der Mauschelei aus der Basis fürchteten. Bei dem Treffen sei folgendes Angebot der Druckunternehmer zur Sprache gekommen:

- 4 Prozent Lohnerhöhung linear;
- 3 Freischichten pro Jahr für Beschäftigte im Dreischichtenbetrieb;
- 2 Freischichten pro Jahr für Beschäftigte im Zweischichtenbetrieb;
- mehr Freizeit für ältere Beschäftigte.

Grundbedingung: Beibehaltung der 40-Stunden-Woche.

Heftiger Protest an der Basis

Überall stieß der Schandabschluß auf Ablehnung und Empörung unter den Druckereiarbeitern. Was die Kollegen am meisten in Harnisch brachte, war die hinterhältige Tour, mit der die Drupa-Führer kurz vor den Osterferien völlig überraschend mit dem Tarifabschluß herausrückten.

Im Ortsverein Stuttgart der IG Druck und Papier war die Empörung so groß, daß der nicht gerade fortschrittliche Ortsvorstand sein Heil in der Flucht nach vorn suchte. Er brachte auf der Mitgliederversammlung des Ortsvereins, die in der vergangenen Woche stattfand, einen Resolutionsvorschlag ein, worin gegen die Art und Weise dieses Abschlusses „schärfstens protestiert" wird.

Allerdings hielten die Funktionäre des Ortsvorstandes es für nötig, den Tarifabschluß in ihrem Resolutionsentwurf bei allem Protest „zähneknirschend zu akzeptieren". Damit war jedoch die Mitgliederversammlung nicht zufrieden. Die Kollegen haben mit großer Mehrheit einen schärferen Antrag verabschiedet, in dem es heißt: „Wir halten den jetzigen Abschluß in den wesentlichen Punkten für unzureichend."

Ein weiterer Antrag, der die Einberufung eines außerordentlichen Gewerkschaftstages forderte, ist mit nur knapper Mehrheit abgelehnt worden.

Auch im Ortsverein Hamburg der IG Druck und Papier stieß der Schandabschluß auf heftigen Protest. Auch hier fordern viele Kollegen einen außerordentlichen Gewerkschaftstag. Nebenstehend eine Protesterklärung der Hamburger Jugendgruppe der IG Druck im Wortlaut.

Grafische Jugend Hamburg

Jugendgruppe der IG Druck und Papier

An den Hauptvorstand der IG Druck und Papier
zur Weiterleitung an die Tarifkommission
An das Zentralorgan der IG Druck und Papier
An die Jugendgruppen der IG Druck und Papier
An die Vertrauensleute der IG Druck und Papier
An die Ortsvereinsvorstände der IG Druck und Papier
An die in der IG Druck und Papier organisierten Betriebsräte.
Betrifft: Tarifabschluß in der Druckindustrie

Hamburg, Ostern 1979

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Verhandlungs- und Tarifkommission der IG Druck und Papier haben in einer Nacht- und Nebelaktion entgegen unseren Grundsatzbeschlüssen zur **Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich** einen Tarifvertrag abgeschlossen, in dem die 40-Stunden-Woche bis 1983 festgeschrieben wird.

Dieser skandalöse Abschluß war für die Mitgliedschaft ein Schlag ins Gesicht.

Wenn man sich die Stellungnahmen der IG Druck und Papier der letzten Monate zu dieser Tarifrunde ansieht, muß man zu dem Schluß kommen, daß die Mitgliedschaft und die betrieblichen Funktionäre von unserer Gewerkschaftsführung hinters Licht geführt wurde.

Die Verhandlungen um die 35-Stunden-Woche sollten nach offiziellen Angaben erst im Herbst geführt werden. Noch am 9. April erschien ein Zentralorgan der IG Druck und Papier, in dem das Unternehmerangebot als **völlig unzureichend zurückgewiesen** wurde.

Es geht nicht an, daß zwei Tage später ein genau entgegengesetzter Abschluß getätigt wird.

Dieser Abschluß entspricht den Unternehmerforderungen und ist kein Schritt der Arbeitsplatzvernichtung zu verhindern und die Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Wir protestieren entschieden gegen dieses undemokratische Vorgehen und fordern:

- Zurücknahme des Abschlusses innerhalb der Erklärungsfrist. Offenlegung der Verhandlungsführung, Diskussion in der Mitgliedschaft mit der Zielrichtung einer Urabstimmung über dieses und jedes andere Ergebnis
- Die für den Abschluß verantwortlichen Funktionäre und Tarifkommissionsmitglieder haben unser Vertrauen verspielt. Wir fordern sie auf die notwendigen Konsequenzen zu ziehen.
- Die verantwortlichen IG-Druck-und-Papier-Funktionäre haben eindeutig gegen die Beschlüsse des elften ordentlichen Gewerkschaftstages verstoßen. Wir müssen feststellen, daß innerhalb der Funktionärsschaft große Uneinigkeit besteht und halten einen außerordentlichen Gewerkschaftstag für unabdingbar, auf dem auch personelle Konsequenzen gezogen werden müssen!
- Zur Vorbereitung des außerordentlichen Gewerkschaftstages wird der Hauptjugendausschuß aufgefordert, unverzüglich eine Bundesjugendkonferenz einzuberufen.

Wir fordern alle Mitglieder der IG Druck und Papier auf, die Diskussion zu führen und sich unseren Forderungen anzuschließen.

Mit freundlichen Grüßen
GRAFISCHE JUGEND HAMBURG
i.A. Kai von Appen.

Der Weg des Verrats

Argumente zur 35-Stunden-Woche

Für uns sind alle Formen der Arbeitszeitverkürzung gleich wichtig. Auch eine Herabsetzung der Altersgrenze, die Verlängerung des Urlaubs würden wir begrüßen.

Aber: Für unsere Tarifpolitik hat die schrittweise Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit Vorrang.

Denn: die Maschinen laufen immer schneller. Der Arbeitsdruck, die tägliche Anspannung, die Konzentration sowie die nervliche Belastung – dies alles wächst von Jahr zu Jahr. Dafür wollen wir einen Ausgleich. Und zwar durch mehr Freizeit in der Woche. Erho-

links: Sonderausgabe vom 28. 5. 79

argumente zur verkürzung der arbeitszeit

Für uns sind alle formen der arbeitszeitverkürzung gleich wichtig. Auch eine herabsetzung der altersgrenze, die verlängerung des urlaubs würden wir begrüßen.

Aber: Wir brauchen eine spürbare arbeitszeitverkürzung für alle.

Denn: die maschinen laufen immer schneller. Der arbeitsdruck, die tägliche anspannung, die konzentration sowie die nervliche belastung – dies alles wächst von jahr zu jahr. Dafür wollen wir einen ausgleich. Und zwar durch mehr freizeit. Erholung für die wachsende

Rechts: Reguläre Ausgabe vom 9. 4. 79 (Nr. 8)

Die DRUPA-Führung versucht ihren Verrat an der 35-Stunden-Woche unter anderem mit dem Argument zu rechtfertigen, sie sei von den Kapitalisten in der Verhandlung vom 10./11. April erpreßt worden. Die Kapitalisten hätten gedroht: Entweder ihr unterschreibt jetzt oder die guten Teile des Angebots (Urlaub) seien weg vom Tisch. Abgesehen davon, daß aber zum Erpressen immer zwei gehören, nämlich nicht nur der Erpresser, sondern auch derjenige, der sich erpressen läßt — abgesehen davon war das Abrücken von der 35-Stunden-Woche in Wahrheit von langer Hand vorbereitet. Dies beweist der Vergleich von zwei ansonsten völlig gleichlautenden Artikeln aus dem Zentralorgan der IG Druck und Papier (siehe obenstehende Faksimile). Im Sonderdruck, der Ende März herauskam, ist noch die Rede von Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit. In der regulären Ausgabe, die am 9. April erschien, also kurz vor dem Nacht- und Nebelabschluß, haben die Schreiber (oder ihre Vorgesetzten) „eine Kleinigkeit" verändert: Statt wöchentlicher Arbeitszeitverkürzung heißt es jetzt „spürbare Arbeitszeitverkürzung".

Tarifabschluß im Steinkohlebergbau

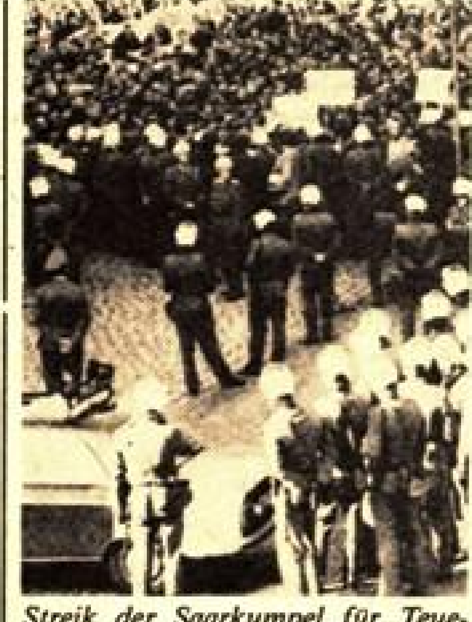
Gespräch mit IGBE-Funktionär

Über den Tarifabschluß im Ruhrbergbau sprach der „Rote Morgen" mit einem Funktionär der IG Bergbau und Energie. Wir geben das Gespräch im folgenden wieder.

RM: In einem Sonderdruck der „Einheit", Zeitung der IG Bergbau und Energie, behauptet der 2. IGBE-Vorsitzende Hans Alker, dieser Tarifabschluß sei ein Erfolg und die Mitglieder und Funktionäre würden sich dieser Bewertung anschließen. Was ist deine Meinung dazu?

Kollege: Bei soviel Frechheit bleibt mir einfach die Spucke weg! Genau das Gegenteil ist wahr. Die Kollegen, auch die ehrlichen Funktionäre, sind schwer sauer über diesen miesen Abschluß. Auch wenn viele schon von vornherein damit gerechnet haben, daß die Gewerkschaftsführung uns auch dieses Mal verschaukelt.

RM: Die „Einheit" stellt groß heraus, der Hauptvorstand der IGBE habe einstimmig „Ja" gesagt zu dem Abschluß.



Streik der Saarkumpel für Teuerungszulage 1973

Kollege: Dazu kann ich nur sagen, das ist eine Einstimmigkeit der Bonzen.

RM: Kann man bei 4,2 Prozent überhaupt von einer wirklichen Lohnerhöhung sprechen?

Kollege: Schon jetzt bringt dieser Abschluß eine Lohnerhöhung von plus-minus-null, wenn man die steigenden Preise einkalkuliert. Am Jahresende haben wir dann weniger Reallohn in der Tasche als ein Jahr zuvor. Bei den Gedingearbeitern treten die 4,2 Prozent sowieso schon gar nicht in Kraft. Bei ihnen steigt zwar der Grundlohn ein wenig, aber die Zechenherren haben sie bisher immer um die volle Realisierung der Tariferhöhung betrogen, indem sie das Gedinge nicht entsprechend erhöht haben.

RM: Gab es Widerstand an der Basis gegen den abzusehenden Verrat der Bonzen?

Kollege: Sicher! Zum Beispiel die Forderungen in den Vertrauensleutekörpern waren durch die Bank erheblich höher als die der Gewerkschaftsführung. Sie bewegten sich so um die 8 Prozent herum. Die Bonzen aber fegten die Forderungen der Kollegen vom Tisch und setzten willkürlich 6 Prozent fest. In Zukunft wird es für die Bonzen aber nicht mehr so leicht sein, sich einfach über den Willen der Kollegen hinwegzusetzen. Denn während der Tarifrunde haben sich hier in Nordrhein-Westfalen in einer Reihe von Zechen Kollegen zusammengeschlossen und RGO-Gruppen gebildet. Das halte ich für sehr wichtig. Wenn wir die RGO stark machen, dann können August Schmidt, Hans Alker und Konsorten sowas nicht mehr mit uns machen, wie jetzt wieder in der Tarifrunde.

RM: Ist die RGO im Steinkohlebergbau auch schon öffentlich in Erscheinung getreten?

Kollege: Klar. Ein zentrales Flugblatt der RGO wurde während der Tarifrunde auf einer Reihe von Zechen des Ruhrgebiets verteilt. In diesem Flugblatt wurden die Forderungen propagiert, die die Kollegen aufgestellt hatten und die niedrige Forderung der Gewerkschaftsführung wurde angegriffen. Und jetzt, nach dem Tarifabschluß, wird wieder ein zentrales Flugblatt der RGO im Ruhrgebiet für die Zechen herauskommen, in dem der Tarifabschluß auseinandergenommen und darauf eingegangen wird, wie wir uns künftig gegen den Verrat der Gewerkschaftsführung wehren können.

Widerstand in den Gewerkschaften gegen Verfälschung des 1. Mai

1. Mai – Kampftag der Arbeiterklasse

In diesem Jahr gibt es eine breite Bewegung für einen kämpferischen 1. Mai, für einen 1. Mai, auf dem die Arbeiterklasse den Ton angibt und nicht die Bonzen und Minister mit ihren Sonntagsreden und ihrem reaktionären Sozialpartnerschaftsgerede. Im folgenden dafür einige Beispiele:

„Initiative Duisburger Stahlarbeiter"

In Duisburg hat sich Ende März des Maikomitee „Initiative Duisburger Stahlarbeiter" gebildet. Die Stahlarbeiterinitiative wird auch von Kollegen anderer DGB-Gewerkschaften unterstützt. Ziel der Initiative ist es, die Forderungen und Ziele des Stahlarbeiterstreiks sowie die Lehren und Erfahrungen aus diesem sechswöchigen harten Arbeitskampf am 1. Mai zur Geltung zu bringen. Motto der Initiative: „Den Kampf, den wir begonnen, wir führen ihn weiter, bis er gewonnen."

In der Initiative arbeiten Vertrauensleute, Betriebsräte und andere aktive Gewerkschafter mit, die vor allem aus den großen Duisburger Stahlbetrieben Thyssen, Mannesmann, Krupp Rheinhausen und aus der Duisburger Kupferhütte kommen. Aber auch Kollegen aus der ÖTV, IG Bergbau und Energie, der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft sind dabei.

Leider ist es dem Komitee nicht gelungen, die offizielle Unterstützung der Vertrauensleutekörper bzw. Vertrauensleutekörperleitungen der Stahlbetriebe zu erhalten, obwohl von dieser Seite her dem Unternehmen anfangs Sympathie entgegengebracht wurde. Der Rückzieher ist auf den verschärften innergewerkschaftlichen Druck zurückzuführen, der vom IGM-Vorstand bis hin zur Duisburger Ortsverwaltung auf die Vertrauensleutekörper und fortschrittliche Betriebsräte ausgeübt wird. Die Ortsverwaltung gab dem Komitee das Etikett „nicht gewerkschaftsförderlich" und diffamiert es inoffiziell in bekannter Manier als „Chaotenkomitee".

Das Komitee hat eine Maiveranstaltung vorbereitet, die am 29. April in der Stadthalle Walsum stattfinden wird. Zu diesem Maifest hat sich die bekannte Wiener Songgruppe „Die Schmetterlinge" angesagt. Zu der Veranstaltung werden 800 Teilnehmer erwartet. Die „Schmetterlinge" singen unter anderem auch neue Lieder zum Stahlstreik. Es werden Videofilme und eine Fotoausstellung über den Streik gezeigt. Kollegen aus Longwy werden erwartet, eventuell auch von der Saar, von Klöckner in Bremen, Hoesch in Dortmund und Peine Salzgitter.

Dortmund: DGB-Jugend für einen kämpferischen 1. Mai

In Dortmund soll auf der Maikundgebung des DGB neben dem DGB-Landesvorsitzenden Bleicher der Landesminister Posser (früher Justiz, jetzt Finanzen) sprechen.

Gegen einen solchen Ministermai gibt es jedoch Widerstand in den Gewerkschaften, vor allem unter der Gewerkschaftsjugend. Der Kreisjugendausschuß des DGB sowie die IG-Druck-Jugend haben den Antrag gestellt, daß der Streikführer im Stahlarbeiterstreik und Vorsitzende des Vertrauensleutekörpers von Hoesch-Westfalenhütte, Hans Riegas, auf der Kundgebung sprechen darf. Dieser Antrag wurde vom DGB-Kreisvorstand abgelehnt!

In Dortmund findet traditionellerweise am Nachmittag des 1. Mai einen DGB-Jugendmai mit Musik, politischen Diskussionen, Kulturgruppen usw. im Westfalenpark statt. Daran wollen sich 23 Initiativen, Bürgerinitiativen gegen Kernkraftwerke, antifaschistische Gruppen, Mieterinitiativen und andere beispielsweise mit Informationsständen beteiligen. Entgegen dem Willen der Jugendausschüsse hat der DGB-Kreisvorstand bis auf die VVN (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes), eine Chile-Gruppe, eine Drogengruppe und eine vierte Gruppe alle anderen Initiativen mit einem Teilnahmeverbot belegt.

Die Frauengruppe Hörde zum Beispiel, die mit großem Einsatz die streikenden Stahlarbeiter unterstützt hat, wurde mit der verlogenen Begründung abgelehnt, sie sei „nicht bekannt". Eine Initiative gegen das neue Polizeigesetz und gegen Jugendpolizei lehnten die Bonzen mit dem zynischen Argument ab, dieses Problem sei Sache der Polizeigewerkschaft. In den Jugendausschüssen herrscht Empörung über das Vorgehen des Kreisvorstandes. Die Kollegen überlegen sich, wie sie sich gegen diese Willkür der Bonzen zur Wehr setzen können.

Kiel: Keine Demonstration zum 1. Mai

In Kiel setzen sich die DGB-Bonzen über die Forderung vieler klassenbewußter Gewerkschafter nach einer Maidemonstration hinweg. Die Einweihung des neuen Gewerkschaftshauses dient ihnen als Vorwand, den 1. Mai in den Saal zu verbannen. Aber trotzdem wird es in Kiel am 1. Mai eine Demonstration geben. Ein Maikomitee aus verschiedenen Initiativen und Gruppen hat sich zusammengefunden, um eine Maidemonstration zu organisieren. Neben verschiedenen Bürgerinitiativen, antifaschistischen Gruppen und einer gewerkschaftsoppositionellen Gruppe beteiligt sich auch die RGO an diesem Komitee. Mit einem Flugblatt ruft die RGO in den Betrieben dazu auf, sich in einem gewerkschaftsoppositionellen Block an dieser Demonstration zu beteiligen.

DEN KAMPF, DEN WIR BEGONNEN, WIR FÜHREN IHN WEITER, BIS ER GEWONNEN!

35-STUNDEN BEI VOLLEM LOHN

STREIK!

Vertrauensleute gegen „blutende Stahlarbeiterherzen"

Auf einem Arbeitskreis der IG Metall rätselten die Kollegen über den tieferen Sinn des seltsamen Gebildes, das auf den Maiplaketten des DGB zu sehen ist. Sie kamen zu dem Schluß, hier könne es sich eigentlich nur um „blutende Herzen der Kollegen aus der Stahltarifrunde" handeln. „So ein Ding steck' ich mir nicht an" meinten einige Kollegen. Andere schlugen vor, die Plaketten mit Sinnvollerem zu überkleben, nämlich mit richtigen Forderungen. Die Vertrauensleute des Druckhauses Madsack in Hannover beließen es nicht bei Kritik an der inhaltsleeren DGB-Plakette, die offenbar von dem Grundsatz inspiriert ist: nur ja nichts Kämpferisches in den 1. Mai hineinbringen. Sie beschlossen, diese Plakette abzulehnen und selbst eine zu erstellen. Und sie setzten ihren Beschluß in die Tat um. Ergebnis: eine kämpferische Maiplakette mit der Parole: **„Jetzt erst recht 35-Stunden-Woche".** Diese Plakette kursiert inzwischen bereits in verschiedenen Teilen der Bundesrepublik.

VW-Wolfsburg

Die an der Arbeitslosigkeit verdienen...

Wie skrupellos westdeutsche Konzerne die hohe Arbeitslosigkeit ausnutzen, ist jetzt am Beispiel des VW-Konzerns deutlich geworden. Die Enthüllung kam jedoch von einer Seite, von wo man sie normalerweise nicht erwartet: vom Chef eines Arbeitsamtes, und zwar des braunschweigischen, Hans-Joachim Hahne.

Nach firmeneigenen Angaben fehlen beim VW-Werk Wolfsburg mindestens 1 000 Arbeitskräfte. Gegenüber den zahlreichen Bewerbern um einen Arbeitsplatz legt die Werksleitung jedoch so hohe Maßstäbe an, daß es kaum zu einer Einstellung kommt. „Die Männer sollen höchstens 40 Jahre alt, gesundheitlich topfit, möglichst keine Firmenwechsler und schon gar keine Ausländer sein", klagte der Arbeitsamtchef Hahne. Frauen werden beim Werk Wolfsburg so gut wie gar nicht eingestellt. Der Anteil der Frauen an der Belegschaft liegt unter 10 Prozent.

Hintergrund dieser Einstellungspraktiken ist die hohe Arbeitslosigkeit in den Arbeitsamtbezirken Wolfsburg/Helmstedt und Braunschweig. Im Bezirk Braunschweig zum Beispiel gibt es derzeit 12 686 Arbeitslose, was einer Quote von 6,3 Prozent entspricht. Mit ihrer Einstellungspolitik, die an das Einkaufsverhalten von Sklavenhändlern auf dem Sklavenmarkt erinnert, erreichen die VW-Herren zweierlei. Erstens bekommen sie „beste Ware", unverbrauchte, qualifizierte Arbeitskräfte. Wer durch sein Arbeitsleben ausgelaugt und „beschädigt" ist, bleibt draußen, seinem Arbeitslosenschicksal überlassen. Zweitens rechtfertigen die VW-Herren mit der künstlich niedrig gehaltenen Belegschaftszahl die enorme Steigerung der Arbeitshetze und das Verfahren von zusätzlichen Sonderschichten. Indem sie die hohe Arbeitslosigkeit geschickt ausnutzen, steigern die Herren die Ausbeutung und erhöhen ihre Profite.

Das Beispiel des VW-Konzerns macht deutlich, wie ernst es dem Staat und auch den hohen Gewerkschaftsführern mit ihrem angeblichen „Kampf gegen die Arbeitslosigkeit" wirklich ist. Denn VW ist ein Konzern, der sich größtenteils in Staatsbesitz und unter Staatsregie befindet. Sein stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender ist Eugen Loderer, der Vorsitzende der IG Metall.

Eine besonders üble Rolle in der beschriebenen VW-Personalpolitik spielt auch der Vorsitzende des Gesamtbetriebsrats, Siegfried Ehlers. Ehlers deckt die skandalöse Personalpolitik des Konzerns. In seinem Bemühen, die Einstellungspraktiken zu verschleiern und zu rechtfertigen, griff er sogar die Arbeitsämter an und behauptete, sie würden nicht genügend Arbeitslose „zur Verfügung" stellen. Daraufhin sah sich der Braunschweiger Arbeitsamtchef Hahne zu einer Rechtfertigung veranlaßt, und die Sache kam an die Öffentlichkeit.

Baden-Württemberg

Warnstreik im Einzelhandel

In der Tarifauseinandersetzung im Bereich Handel, Banken und Versicherungen (HBV) — Fachgruppe Einzelhandel — kam es in der vergangenen Woche im Tarifbezirk Baden-Württemberg zu einer Reihe von Warnstreiks.

Am 11. April waren die Verhandlungen zwischen den Einzelhandelskapitalisten und der Gewerkschaft HBV ergebnislos abgebrochen und auf den 24. April vertagt worden. Die zentrale Forderung der Gewerkschaft HBV ist: sechs Wochen Urlaub für alle. Daneben hat die Gewerkschaft, um die Lohnstruktur gerechter zu machen, eine Festgeldforderung mit einem einheitlichen Betrag für alle Berufsjahre in den einzelnen Lohngruppen eins bis fünf aufgestellt.

Kompliziert wird die Tarifauseinandersetzung dadurch, daß die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) für den Einzelhandel im Bezirk Baden-Württemberg bereits am 11. April mit den Unternehmern abgeschlossen hat. Es handelt sich dabei um einen spalterischen Abschluß, der von den Unternehmern jetzt dazu benutzt wird, um die weitergehenderen Forderungen der HBV auszubooten.

Gegen den DAG-Abschluß und für die weitergehenderen Forderungen kam es in den Einzelhandelsbetrieben Baden-Württembergs zu zahlreichen Warnstreiks, so in Ulm, Karlsruhe, Freiburg, Reutlingen, Rastatt, Rottweil und an anderen Orten. Am 19. April waren insgesamt mehr als 1 000 Werktätige des Einzelhandels im Ausstand. Die Streiks, die in den Einzelhandelsbetrieben relativ schwierig zu organisieren und durchzuführen sind, zeugen von der großen Kampfbereitschaft der Kollegen. Für den Fall, daß am 24. April die erneuten Verhandlungen scheitern, fordern die Kollegen Urabstimmung und Vollstreik.

Veranstaltungen zum 1. Mai

Bochum
„Tanz in den Mai" — Veranstaltung der RGO-Ortsgruppe Bochum und Witten. Montag, 30.4., ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Haus Guzy", Bo-Weitmar, Ecke Schützenstr./Brantropstr.

Dortmund
Veranstaltung der RGO. Es spricht: Betriebsrat Hartmut Siemon. Anschließend Musik, Theater und Tanz. Sonntag, 29.4., 17.00 Uhr, „Haus Göbeln", Schützenstr.

Düsseldorf
Maifest der RGO. Samstag, 28.4., 19.00 Uhr, Gaststätte „Schlösser", Ecke Bruchstr./Rosmarinstr.

Duisburg
Maiveranstaltung des Maikomitees der „Initiative Duisburger STahlarbeiter". Es spielen unter anderem die „Schmetterlinge". Sonntag, 29.4., 17.00 Uhr, Stadthalle Walsum.

Hamburg
Tanzveranstaltung der RGO. Samstag, 28.4., 20.00 Uhr in der Jarrestadt.

•••

Abend mit den „Schmetterlingen". Im Vorprogramm: „Elbspeelers". Veranstaltung der Graphischen Jugend der IG Druck und Papier Hamburg. Dienstag, 1.5., 18.00 Uhr, Festhalle von Planten und Blomen.

Kiel
„Tanz in den Mai" — Veranstaltung der RGO. Montag, 30.4., Gaststätte „Waidmannsruh", Eckernförderstraße.



Köln
Maifest. Es laden ein: „Der wahre Anton" und „Zeitzünder". Montag, 30.4., 19.00 Uhr, Fachhochschule, Köln-Zollstock, Hönninger Weg 115.

Ludwigshafen
Veranstaltung der RGO. Dienstag, 1.5., 19.00 Uhr, Ludwigshafen-Gartenstadt, „Im Volkshaus".

München
Veranstaltung der KPD/ML, Freitag, 27.4., 19.30 Uhr, „Ramersdorferhof", Rosenheimerstr. 175.

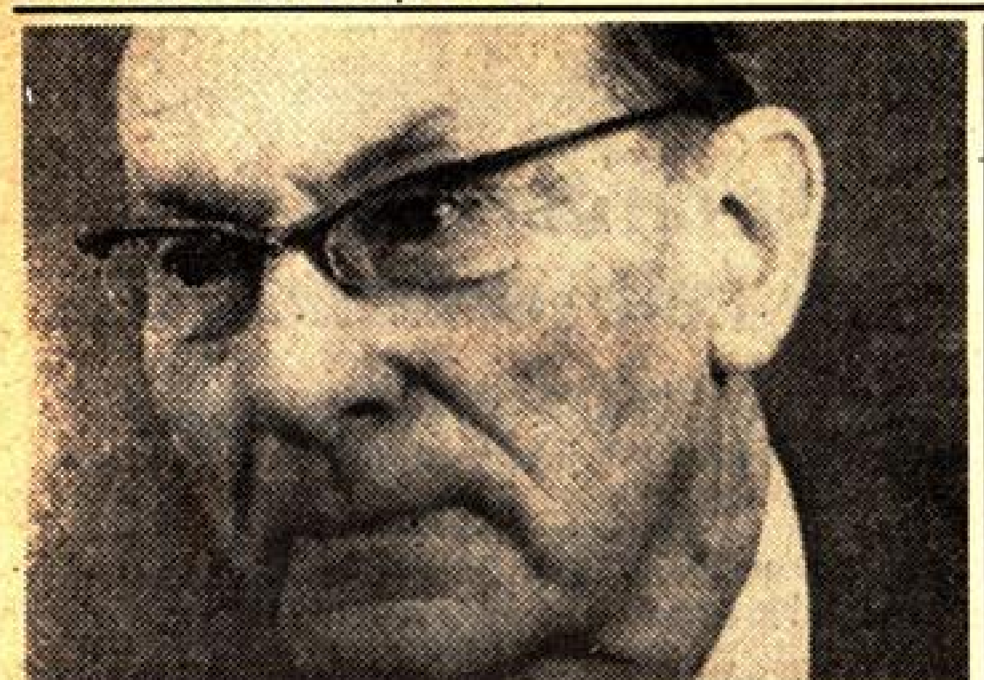
•••

Veranstaltung des Volkskulturvereins und der RGO. Dienstag, 1.5., 17.00 Uhr, „Tannengarten", Pseuserstr. 32.

Nürnberg
Maifest des Kulturvereins Adam Scharrer. Dienstag, 1.5., 14.00 Uhr, „Bienenheim", Adalbert-Stifter-Str. 41.

Stuttgart
Veranstaltung der KPD/ML. Samstag, 28.4., 16.00 Uhr, „Turn- und Versammlungshalle", Stuttgart-Stammheim, Solitude-Allee 162.

Westberlin
Veranstaltung der RGO, Samstag, 28.4., 19.00 Uhr, in den „Charlottenburger Festsälen", Königin-Elisabeth-Str. 45.



Ludwig Renn 90 Jahre

„Kämpft mit der Feder und mit dem Wort, wie es jedem liegt, aber kämpft"

Unsere kämpferischen Grüße gelten Ludwig Renn, dem großen deutschen revolutionären Schriftsteller. Renn, in den bedeutendsten Klassenschlachten des deutschen und internationalen Proletariats gestählt, feiert am 22. April 1979 in Berlin-Kaulsdorf/DDR seinen 90. Geburtstag.

In aristokratischem Hause aufgewachsen — sein eigentlicher Name ist Arnold Friedrich Vieth von Golßenau — wurde der junge Arnold im Milieu der damaligen königlich-sächsischen Residenzstadt Dresden erzogen. Im Laufe der Schulzeit und als Gymnasiast kamen ihm Zweifel an den überheblichen Lebensanschauungen seiner Umwelt. Als Ablenkung fand er den Weg zur Kunst. Museumsbesuche und Orgelkonzerte in der Dresdener Kreuzkirche begeisterten ihn mehr als die vom Vater angeordneten Besuche auf den Exerzierplätzen Seiner Königlichen Hoheit. Vor die Berufswahl gestellt, machte sich die elterliche Beeinflussung doch bemerkbar. Zur besonderen Freude seines alten Herren wählte er den Weg des Berufsoffiziers. Arnolds Meinung war: „Zuerst muß man doch etwas verdienen, in irgendeinem festen Beruf, und dann kann man ja auch noch Kunst machen..."

Aufstieg und Fall eines Majors der kaiserlichen Armee

Schnell wurde man auf den jungen Fähnrich Arnold Friedrich von Golßenau aufmerksam, sein militärisches Geschick blieb nicht unbelohnt. Eine glänzende Offizierskarriere stand vor ihm. Aber gerade die Erlebnisse als Offizier und die Teilnahme am ersten imperialistischen Weltkrieg führten dazu, daß er sich mehr zum Stand seiner Untergebenen hingezogen fühlte als zur Offizierskaste. Mit Illusionen über die neuentstandene Republik trat von Golßenau als Major in die sogenannte Sicherheitspolizei ein. Aufgabe dieser Truppe war es, den Aufstand des deutschen Proletariats gegen das Großkapital und die unverbesserlichen Offiziersschergen zu zerschlagen. Im Glauben, einer guten, gerechten Sache zu dienen, unterstützte er mit der Waffe in der Hand die sich neu formierende Reaktion. Der Befehl, auf Arbeiter schießen zu lassen, der Kapp-Putsch, die Ereignisse in Berlin veranlaßten ihn, seinen Dienst zu quittieren.

Arnold Vieth von Golßenau war nun 30 Jahre alt und kannte nicht viel mehr als sein Militärfach. Nach kurzem Studium entschloß er sich, die Welt kennenzulernen und unternahm eine abenteuerliche Reise; er wanderte mit Zelt und Rucksack durch Italien, Griechenland, die Türkei und Ägypten. Nach Deutschland zurückgekehrt, desillusioniert über die politischen Verhältnisse, entschloß er sich zum Studium nach Wien. Seine Aufzeichnungen über die Erlebnisse im ersten Weltkrieg waren mittlerweile auf über dreitausend Blatt angewachsen. Sein erster Roman „Krieg", der später weltberühmt werden sollte, entstand zügig. Auf ein paar hundert Seiten beschrieb er unter dem Pseudonym Ludwig Renn die ganzen Grausamkeiten und den Widersinn eines imperialistischen Krieges. Zum entschiedenen Klassenstandpunkt konnte er sich in seinem ersten Roman noch nicht durchringen. Auf die Veröffentlichung des Romans mußte noch ein paar Jahre gewartet werden.

Der Weg zur proletarischen Weltanschauung

In Wien widmet sich der „Baron" dem Studium der Fächer Kunstgeschichte, Altertumskunde und Antropologie. Wien, die ehemalige k.u.k.-Hauptstadt, wird zum Wendepunkt im Leben des ehemaligen Majors. In seinem Bericht „Ein Anstoß und seine unerwarteten Folgen" schreibt er unter anderem: „Ich hatte bis 1926 nie eine wirklich marxistische Schrift gelesen, sondern kannte nur bürgerliche Meinungen darüber und vor allem sozialdemokratische Schriften, die mich durch ihre Unentschiedenheit abstießen. Aus eigenem Erleben heraus war ich ziemlich heftig antikapitalistisch gesinnt. (...) Ich verfolgte damals mit besonderem Interesse die Kämpfe in China. Das kam nicht nur daher, daß ich an der Wiener Universität chinesische Geschichte und Kunstgeschichte studierte und eine hohe Bewunderung für die alte chinesische Kultur hegte. Viel erregender waren für mich die Kämpfe, die sich dort in der Gegenwart abspielten. Meine ganze Sympathie galt den chinesischen Revolutionären. Daher versuchte ich, möglichst viel über ihre Kämpfe zu erfahren. Das war aber aus den bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen unmöglich. (...) Bei einem Spaziergang nach dem Kahlenberg bei Wien beklagte ich mich bei einem Mitstudenten über die Verlogenheit dieser Presse. Er riet mir, in die kommunistische Buchhandlung zu gehen und die „Internationale Presse-Korrespondenz" zu kaufen. (...) Alles, was unklar in mir seit Jahren gor und nicht ausgären konnte, fand ich da geklärt. Den ganzen Nachmittag las ich, ging zum Abendessen und las, ging nach Hause und las. (...)

So ging es drei Tage, in denen ich meine Umwelt kaum beachtete. Dann erst erwachte ich aus dem Rausch des Kennenlernens und sagte mir erstaunt: Ich bin ja Kommunist! Wie ist das nur möglich gewesen, daß ich so lange am Marxismus vorbeigegangen bin? ... So vergingen einige Monate. An einem schönen Morgen war ich aus Wien hinausgewandert und hatte mich auf eine Wiese gelegt, um ein Sonnenbad zu nehmen und über China zu lesen. Nichts störte meinen Frieden, bis ich nach Hause zurückkam. Meine Wirtin stürzte aus ihrer Küche: ‚Herr Baron, in der Stadt schießt man!'

‚Wer?'

‚Die Arbeiter demonstrieren gegen einen Urteilsspruch faschistischer Richter im Burgenland.'

Ich warf meine Büchermappe auf den Tisch und rannte die Treppe hinunter. Auf der Straße traf ich Männer ohne Hemden und Schuhe, die erregt in dieselbe Richtung zogen wie ich. Das fiel mir um so mehr auf, als die Wiener Arbeiter stets gut und sorgfältig gekleidet auf der Straße gingen. Die nackten Oberkörper und die bloßen Füße waren ein Protest. Von ferne hörte ich Gewehrschüsse. An einer Ecke bog eine Hundertschaft der Polizei in die Straße ein. Unmittelbar hinter ihr marschierte eine Abteilung des Schutzbundes, also der der Sozialdemokraten. Wie war das möglich!

Bis zu diesem Tag hatte ich geglaubt, die österreichische Sozialdemokratie wäre besser als die deutsche. Nun sehe ich mit Empörung: Eine war wie die andere. Beide dachten nicht daran, den bürgerlichen Staat ernstlich zu bekämpfen. Aber gegen Arbeiter selber gingen sie vor... Immer noch schoß die Polizei. Jenseits der Anlagen stieg schwarzer Rauch zum Himmel. Die Arbeiter hatten aus Protest gegen das Schandurteil den Justizpalast angesteckt...

Es genügte nicht, daß ich seit Monaten den Marxismus studierte. Organisieren mußte man sich, um handeln zu können.

Mein Entschluß stand fest. Ich würde nach Deutschland zurückkehren, in die Kommunistische Partei eintreten und für die proletarische Revolution kämpfen."

„Ludwig Renn"

Am 15. Juli 1927 ereignete sich das Blutbad von Wien. Im selben Jahr wurde Arnold Vieth von Golßenau —. als Ludwig Renn — Mitglied der KPD. Mit vierzig Jahren entstand ein neuer Mensch — Ludwig Renn — der politische und schreibende Kämpfer gegen Unrecht, Ausbeutung und Unterdrükkung. Derjenige, der mit der Waffe und der Feder gleichermaßen für die revolutionäre Sache eintrat.

Nach Deutschland zurückgekehrt, bekam Ludwig Renn eine Arbeit an der Volkshochschule in Zwickau, wo er zunächst Vorlesungen über chinesische Geschichte und später literarische Veranstaltungen abhielt. So las er aus dem Werk von E.T.A. Hoffmann, übersetzte Gogols „Mantel". Sein größter Erfolg war die Übersetzung von Gorkis „Mutter"; in der Vorlesung gab er einen Überblick über Gorkis Leben und dessen Stellung in der bolschewistischen Partei. Aber auch die Kleinarbeit wie Transparentemalen und Verkauf der kommunistischen Presse gehörten zu Renns Aufgaben.

Nach der Übersiedlung nach Berlin wurde Ludwig Renn Sekretär des Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller (BPRS) und Herausgeber der „Linkskurve". Die Aufgaben des BPRS — die ‚Linkskurve' war das Organ des Bundes — wurden bei der Gründung folgendermaßen formuliert: „1. Durch Zusammenfassung derjenigen Schriftsteller, die bereits im proletarisch-revolutionärem Sinne schaffen, sie zu stärken und vorwärts zu bringen; 2. das Arbeitsgebiet dieser Literatur mit allen zur Verfügung stehenden und noch zu schaffenden Mitteln zu verbreitern und ihre bisher noch lückenhafte Theorie auf dialektisch-materialistischer Grundlage auszuarbeiten; 3. den Kampf gegen die bürgerliche Kunst theoretisch und praktisch, also durch Kritik und Schaffen wachzuhalten und zu schärfen; 4. diejenigen Elemente der Arbeiterklasse, von denen eine fruchtbare Weiterentwicklung der proletarisch-revolutionären Literatur zu erwarten ist, vor allem der Arbeiterjugend und die Arbeiterkorrespondenten heranzuziehen, sie zu schulen und zu fördern; 5. an der Verteidigung der Sowjetunion als Staat des schon zur Macht gelangten Proletariats aktiv teilzunehmen; aus der Praxis und Theorie der proletarisch-revolutionären Literatur der Sowjetunion zu schöpfen und die eigenen praktischen und theoretischen Ergebnisse ihr zu Verfügung zu stellen."

Ludwig Renn beschränkte sich aber nicht nur auf literarische Tätigkeiten, sondern die Partei nutzte auch seine militärischen Kenntnisse und Fähigkeiten aus. Er selbst beschreibt sie so: „Von meinen mir viel wichtigeren Tätigkeiten wußten nur wenige. Je mehr die Nazis erstarkten und die faschistische Gefahr heranrückte, desto wichtiger erschien es mir, das Proletariat auch zum bewaffneten Kampf zu schulen. Unter den Schriftstellern gab es einen starken Einfluß des Pazifismus; man behauptete, die Flugzeugbomben wären so mächtig, daß sie ganze Städte auslöschen könnten. Solche gut gemeinten Warnungen führten dazu, daß manche sagten: ‚Dagegen gibt es keine Mittel.' Es erfüllt unsere Gegner mit größter Befriedigung, wenn sie sahen: Unsere Freunde aus dem linksbürgerlichen Lager legen die Hände in den Schoß. Sie nämlich rüsteten ihre SA und den Stahlhelm zum bewaffneten Kampf. Auch wir mußten lernen, die Waffen zu gebrauchen. Eine solche Schulung jedoch war für uns Kommunisten viel schwieriger, weil die ganze Justiz in den Händen der Reaktionäre war. Aber es mußte geschehen."

(Wird fortgesetzt)



„Die Dividenden steigen und die Proletarier fallen!" — Soldaten des ersten Weltkrieges schaufeln ein Massengrab.

Aus dem Roman „Krieg"

„Deutschland, Deutschland über alles"

1914 stand im deutschen Heeresbericht: Kriegsfreiwilligenregimenter stürmten mit prachtvollem Schwung unter Gesang von „Deutschland, Deutschland über alles". — Man kann sagen, bis heute leben die Völkischen von dieser Tatsache. Aber schon damals hatte ich meine Zweifel. Wenn man mal so einen Sturm mitgemacht hat, und da soll man sich vorstellen, daß die gesungen haben? Wie denn gesungen? Während sie vorrannten gegen ratternde Maschinengewehre? Außer Atem singen? Oder während sie auf dem Bauch lagen und schossen, mit dem Gefühl: wenn ich dich nicht totschieße, schießt du mich tot! Ich habe es ja erlebt, daß einer während eines Sturmes Veilchen gepflückt hat — nämlich als die vorderste französische Linie überrannt war und sich gerade kein Gegner zeigte. Aber daß einer vaterländische Gefühle gehabt hätte während eines Sturmes, wo einem so viel greifbarere Dinge vor Augen kommen — und vor allem während eines mißglückten Sturmes zu singen? Nein, das ist Lüge, ist eine bloße Phrase, und eine verflucht blutige!

Zufällig habe ich später erfahren, wie es mit dem Gesang war. Man hatte uns als Reserve vorgezogen. Rechts vor uns krachte es. Auf einen Graben schossen sie. Die Granaten ließen Dreck auffliegen. Neben mir beobachtete einer. „Hunde!" knurrte er.

„Was meinst du?"

„Wir sind Hunde, daß wir uns das immer wieder gefallen lassen! Warum laufen wir nicht fort, hinter? Mögen doch mal die Offiziere die Stellung halten!"

„Nicht so laut!" sagte ich.

Er sah mich verächtlich an. „Ja, so seid ihr alle! Ich allein kann natürlich auch nichts machen! Und der Krieg geht immer noch weiter! Alle habt ihr es satt und wollt nach Hause, aber nichts tut ihr!"

Wir beobachteten wieder stumm die Einschläge. „Du mußt das verstehen", sagte er nach einer Weile. „Ich war bei einem der Freiwilligenregimenter, die 1914 unter Gesang gestürmt haben sollen. Das zu verbreiten war nicht gefährlich, denn es sind nicht viel zurückgekommen, die die Wahrheit hätten sagen können. — Selbst war ich ja nicht Kriegsfreiwilliger. Ich war auch älter und begriff etwas mehr als diese unerfahrenen Jungen. Die kamen ja meistens gerade von der Schule. Da hatte man ihnen die große Hurrabegeisterung beigebracht. Vorgehalten hat sie gewöhnlich nicht. — Wir fuhren mit einem Transportzug hinaus nach Flandern. Auf der letzten Station, da hörten wir so was brummen, und auf dem Bahnhof liegen die Soldaten herum, als ob sie alle Stacheln im Arsch hätten. Das gefiel mir schon nicht! — Wir fuhren weiter, so ein, zwei Stunden. Plötzlich ein wüster Krach ganz nah. Wir ans Fenster. Neben dem Zug auf dem Felde steht so eine schwarze Wolke, rund und ziemlich hoch. — Ramms! Wieder steht so'ne Wolke da. Der Zug bremst. Die Räder quietschen.

‚Alles heraus! Ausschwärmen!' brüllt ein Offizier. Wir das Gepäck am Riemen genommen. Einem fiel dabei die Stiefelbürste aus dem Tornister; den hatte er in der Eile nicht zugeschnallt. Wie er sich bückt und die Bürste in die Tasche stecken will, erwischt's ihn. Was er für 'ne Verwundung gehabt hat, weiß ich ja nicht. Der Krankenträger Lehmann hat mir später erzählt, daß er ein paar Tage lang phantasiert hat und immer die Bürste in seine Tasche hat stecken wollen.

Am Nachmittag wurden wir dann eingesetzt. So, weißt du, in der gewöhnlichen Art: Sturm, in dieser Richtung, los! Wir haben nicht gewußt, wer uns gegenüberlag und wo wir sind. Und gesehen haben wir nur leere Felder. Da sind wir losgerannt. Um uns haben die Kugeln gepfiffen. Dann haben wir uns hingeschmissen und haben geschossen, wie wir das so gelernt hatten: geradeaus! Vielleicht trifft's einen. — Bis dahin hatte unsre Artillerie keinen Schuß abgegeben. Jetzt kam es von hinten vorgezischt und schlägt mit zwei Granaten dicht vor unsere Linie. Ich denke mir, jetzt werden sie das Feuer vorverlegen. Da kommen die nächsten Schüsse: dicht hinter die Linie. Verflucht! denke ich. Und gut haben sie geschossen!

‚He, Sie!' höre ich jemand brüllen. ‚Hinterrennen zur Artillerie! Sie schießt auf uns!'

Über den weichen Acker stolpert einer in Todesangst hinter.

Schuß auf Schuß setzte unsre Artillerie in unsere Schützenlinie.

‚Spielmann!' brüllte die Stimme wieder. ‚Ist kein Spielmann da? Blasen! Daß sie merken, daß wir's sind!'

Ein paar Töne stockerten aus dem Horn.

Von vorn zirpten die feindlichen Kugeln. Von hinten stampfte unsre Artillerie.

‚Singt!' brüllte die Stimme. ‚Singt Deutschland, Deutschland über alles!'

Zwei, drei Stimmen sangen dünn. Dann wurden es mehr. Wir sangen doch um unser Leben! Aber wir lagen auf dem Bauch, und — Fatschbumm! — schlugen die Granaten ein. Da ging uns immer der Atem aus, wenn's einschlug. Gebrüllt habe ich, was ich konnte. Aber unsre Artillerie hatte nichts davon gehört. Die schoß und schoß. Die Verwundeten wimmerten. Da und dort tauchte der Gesang wieder auf, immer hoffnungsloser: ‚Deutschland, Deutschland über alles.' — Seitdem habe ich das nie mehr mitgesungen! — — und ein paar Tage später — wir waren nur noch so wenig, daß unsere ganze Kompanie in einer Bauernstube lag —, da bringt einer einen Heeresbericht und liest vor: ‚Mit prachtvollem Schwung stürmten deutsche Freiwilligenregimenter unter dem Gesang von »Deutschland, Deutschland über alles!«' — Wir haben ihn angesehen und haben es nicht geglaubt. Wir sind sogar wütend auf ihn gewesen. Bis wir es selbst gelesen haben. Keiner hat mehr davon gesprochen damals. Aber das hat in uns weitergefressen!"

(Aus dem Roman „Krieg")

GEGEN REAKTION UND FASCHISMUS!

Einstimmig angenommen

...wurde folgender Antrag an die Mitgliederdelegiertenversammlung des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck und Papier am 18. 4. 79:

An den Bundesvorstand des DGB zur Veröffentlichung im Zentralorgan der IG Drupa.

Wir bitten den Bundesvorstand des DGB, alle Mitglieder des DGB im Bundestag aufzufordern, vor der Abstimmung über die Verjährung von Nazi-Verbrechen sich in der Öffentlichkeit **gegen** die Verjährung auszusprechen und im Bundestag entsprechend zu handeln.

Gewerkschafter und die Gewerkschaftsorganisationen waren mit die ersten Opfer des Faschismus. Wir halten es deshalb für einen unerträglichen Gedanken, daß nach dem 31. 12. 79 Nazi-Verbrecher sich ungestraft ihrer „Verdienste" bei der Zerschlagung der Gewerkschaften, bei der Verfolgung und Ermordung von Gewerkschaftern und Millionen unschuldiger Menschen aus allen europäischen Nationen rühmen könnten.

In dieser Frage kann es für die Gewerkschaftsmitglieder in politischer Verantwortung keinen Rückzug auf persönliche „Gewissensfreiheit" geben, sondern nur ein Handeln nach gewerkschaftlichen Grundsätzen!



Unvorstellbare Grausamkeit: Kapos schlagen auf Befehl der SS entkräfte KZ-Häftlinge tot!



Majdanek-Mörderin Hildegard Lächert: demnächst bundesdeutsche Kandidatin für das EuropaParlament?

Urteile im Majdanek-Prozeß

Breiter Protest gegen Freisprüche für Nazi-Mörder

Die Justiz praktiziert „Verjährung auf Bonner Art".

Das Landgericht Düsseldorf hat die schlimmsten Befürchtungen wahr gemacht: Vier der im Majdanek-Prozeß angeklagten SS-Mörder, deren Verfahren von den übrigen neun Angeklagten abgetrennt wurde, sind von dem Vorwurf der Beihilfe zum Mord an KZ-Häftlingen freigesprochen worden! Wegen „Mangel an Beweisen"!

Dieses Urteil hat eine Welle der Empörung ausgelöst. Bereits unmittelbar nach der Urteilsverkündung waren im Gerichtssaal anwesende Antifaschisten in Protestrufe ausgebrochen, hatten gefordert: „Die Nazi-Mörder hinter Gitter!" und Transparente entrollt. Minutenlange Sprechchöre und Pfuirufe hinderten den Richter am Verlesen des Urteils.

Als Gerichtsbeamte gegen die Zuschauer vorgingen, stürmten weitere hundert Demonstranten in den Saal und forderten den Rücktritt des Gerichts. Die Empörung war so groß, daß sich die Anwälte schützend vor die soeben freigesprochenen Nazi-Mörder stellen mußten, die dann den Saal fluchtartig verließen. Erst nach zwanzig Minuten räumten die Antifaschisten mit dem Gesang des „Moorsoldaten-Liedes", das unter den Häftlingen des Konzentrationslagers Börgermoor entstanden ist, den Saal.

Zeugenaussagen „nicht brauchbar"

Inzwischen ist das Urteil im ganzen Land und auch im Ausland auf Entrüstung gestoßen. Viele können es kaum glauben, daß die bundesdeutsche Justiz es fertigbringt, solche SS-Bestien wie diese vier Freigesprochenen nicht für ihre Verbrechen zur Rechenschaft zu ziehen.

Der KZ-Truppenarzt, SS-Hauptsturmführer Heinrich Schmidt, hat bei „Selektionen" Tausende in die Gaskammern geschickt. Rosa Süß, die die Aufsicht über ein Arbeitskommando führte, hat bei der Arbeit auf dem Feld eine Mutter mit ihrem Kind erschossen und war an einem Transport jüdischer Kinder in die Gaskammer beteiligt. Charlotte Meyer hat mindestens an zwei Selektionen teilgenommen. Hermine Böttcher hat jüdische Kinder vom Frauenfeld in die Gaskammer transportiert.

Allein diese durch Zeugenaussagen belegten Verbrechen müßten zur Höchststrafe reichen. Das Gericht aber, wie vorher auch schon die Staatsanwaltschaft, hat die Stirn zu behaupten, die Zeugenaussagen seien „nicht brauchbar". Dabei hat sich inzwischen herumgesprochen, wie sich das Gericht diese angeblich „unbrauchbaren" Zeugenaussagen fabriziert.

Zur Empörung der Weltöffentlichkeit sind nämlich die Zeugen im Majdanek-Prozeß, die selber die Hölle dieses Konzentrationslagers erlebt haben, von den zum Teil faschistischen Anwälten verhöhnt, beschimpft und gedemütigt worden. Wenn diese Anwälte mit ihren Kanonaden an Beschimpfungen und Haarspaltereien über die Zeugen herfielen, dann kam es schon einmal vor, daß Zeugen unter der Last dieser Peinigungen Unsicherheiten zeigten, wenn sie durch die Reihen der Angeklagten gehen sollten, um diese zu identifizieren. Für das Gericht waren das „Beweise" der Unzuverlässigkeit der Zeugenaussagen!

Und im Bundestag treten dann die Zyniker auf, die behaupten, man könne die Verbrechen der Nazi-Zeit nicht mehr durch die Justiz aburteilen lassen, weil die Zeugen zu große „Gedächtnislücken" hätten.

Das Ganze hat System

Die skandalöse Art und Weise, wie der Majdanek-Prozeß durchgeführt wird, ist keine Ausnahme. Gerade erst sind im Bochumer Prozeß gegen die übriggebliebenen drei angeklagten SSAngehörigen (von ursprünglich neun) Freisprüche ausgesprochen worden (nur einer wurde zu vier Jahren Haft verurteilt, weil er „dummerweise" gestanden hatte).

Die Schonung der Nazi-Verbrecher hat System! Zahlreiche Tatsachen beweisen, daß das Majdanek-Urteil keine „Fehlleistung" eines einzelnen Richters ist. Am Anfang der Existenz des Bonner Staates wurde die Verfolgung der Nazi-Verbrecher völlig sabotiert. Nur wo es gar nicht anders ging, wurde jemand vor Gericht gestellt. Diese Phase des weitgehenden Verzichts auf Verfolgung diente zunächst einmal den zahlreichen im Ausland zum Tode verurteilten NS-Verbrechern, in der Bundesrepublik unterzutauchen.

Aber auch als die Ludwigsburger Zentralstelle zur Ermittlung von NS-Verbrechen eingerichtet wurde, rollten die Prozesse nur langsam an. **Typisch für fast alle derartigen Prozesse ist, daß erst Jahre vergingen, bevor nach langatmigen Vorermittlungen Anklage erhoben wurde. Bis es dann zum Prozeß kam, dauerte es wieder eine ganze Reihe von Jahren. Und auch die Prozesse selbst gingen über Jahre, in denen Richter und die Anwälte der Faschisten oftmals teure Reisen ins Ausland (Israel, Polen, USA usw.) machten, um angeblich die Zeugen zu vernehmen.**

Viele der Angeklagten sind dann schon im Laufe der Prozesse aus „Alters- oder Gesundheitsgründen ausgeschieden". So kommt es, daß von ursprünglich 80.000 Personen, gegen die der Verdacht auf NS-Verbrechen vorlag, insgesamt nur 6245 rechtskräftig verurteilt worden sind, davon nur 151 zu lebenslanger Haft.

Nazi-Blutrichter in Bonner Diensten

Eine Tatsache ist weiterhin, daß in der „Verfolgung" durch die Bonner Justiz sowieso nur Menschen einbezogen wurden, die unmittelbar Hand anlegten bei der Ermordung von KZ-Häftlingen. **Die große Zahl von Schreibtischtätern, die den kleinen Mördern die Befehle gaben, die — statt sich selber die Finger schmutzig zu machen — die systematische Vernichtung von Millionen Menschen planten und veranlaßten, sie wurden und werden nicht verfolgt.**

Im Gegenteil, sie konnten im Bonner Staat aufsteigen, nicht selten bis zum Staatssekretär, wie der Adenauer-Intimus Globke. So wurden auch gleich nach 1945 mehr als 80 Prozent der alten Blutrichter und Staatsanwälte der Nazis direkt in die „neue" Justiz in Westdeutschland übernommen.

Von der Verfolgung ausgenommen sind inzwischen außerdem Kriegsverbrechen, die nämlich bereits verjährt sind. Darunter werden alle möglichen Verbrechen der Nazis verstanden bis hin zu Erschießungen oder Massenhinrichtungen von Partisanen, die ihr Land gegen die faschistischen Räuber verteidigt haben. Auf diese Weise gibt es die Verjährung für die meisten Verbrecher bereits!

Heute nun verfolgt der Bonner Staat offensichtlich eine neue Taktik. Es werden zwar noch einige KZ-Mörder vor Gericht gestellt, aber durch die Freisprüche wie jetzt im Majdanek-Prozeß, wird die mögliche Aufhebung der Verjährung einfach unterlaufen. Der Kampf gegen das skandalöse Majdanek-Urteil wird deshalb notwendig, um dem Bonner Staat seine Maske vom Gesicht zu reißen. Der Kampf um die Aufhebung der Verjährung von Nazi-Verbrechen muß weitergehen. Es muß aber auch in jedem einzelnen Fall verhindert werden, daß sich die faschistischen Verbrecher ihrer Strafe entziehen. **Dem Bonner Staat muß ein Riegel vorgeschoben werden bei dem Versuch, auf schleichendem Weg den Faschismus zu rehabilitieren!**

RHD-Finanzbericht '78

Rote Helfer arbeiten erfolgreich

Ein Jahr Unterstützungsarbeit beweist: Rote Hilfe ist dringend nötig!

In ihrem neuesten Mitteilungsblatt zieht die Rote Hilfe Deutschlands (RHD) Bilanz ihrer Tätigkeit im Jahre 1978. Die Zweite Zentrale Delegiertenkonferenz hatte im Februar 1978 festgelegt, wozu die Rote Hilfe Deutschlands da ist: Als Solidaritäts- und Hilfsorganisation muß sie durch politische Verfolgung in Not Geratenen materiell helfen.

Daß eine solche Organisation bitter nötig ist, beweisen die finanziellen Ausgaben, die die RHD im Jahre 1978 zur Unterstützung politisch Verfolgter leisten mußte. **120 000 Mark konnte die RHD zur Unterstützung von Menschen, die durch politische Verfolgung, durch Prozesse, politische Entlassungen, Berufsverbote und Gefängnis in Not gerieten, aufbringen. Das war möglich, weil Rote Helfer über 68 000 Mark Spenden sammelten und durch ein Beitragsaufkommen von fast 80 000 Mark für Gesamteinnahmen von fast 148 000 Mark sorgten.**

Aus der großen Anzahl der Hilfsbedürftigen wählen wir einige Beispiele aus. So steht Volker Nieber, ehemaliger Betriebsrat von „Jasa" bei Tübingen und „Spinnhütte" in Celle, seit nunmehr sechs Jahren in Auseinandersetzung mit der Justiz. Wegen angeblicher Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 in München wurde er vor Gericht gestellt und zu 16 Monaten ohne Bewährung verurteilt! Erst im Mai 1977 mußte er in der Berufungsverhandlung freigesprochen werden. Aber die Staatsanwaltschaft ging in die Revision. Seitdem wurde der angesetzte Prozeßtermin zweimal verschoben.

In einem Brief an die Zentrale der RHD drückt Volker aus, was die Hilfe der RHD für ihn bedeutet hat:

„(...) Eure Unterstützung macht es mir sehr viel leichter, mich einzusetzen und den Prozeß gut zu führen. Zum einen, weil ich nicht wegen finanzieller Schwierigkeiten behindert bin; zum anderen aber ist es eine ungeheuer wichtige Rückenstärkung, auch so ganz praktisch zu spüren, welche starke Kraft der Solidarität hinter einem steht, und das zeigt mir: Wenn auch im Gerichtssaal selbst hauptsächlich ein Kampf mit der Bourgeoisie auf dieser Tribüne des Klassenkampfes führen muß — es ist ein Teil des Klassenkampfes und nicht ein Einzelkampf, und hinter mir steht die organisierte Kraft der Solidarität durch die RHD.

Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle für die bisher eingegangene Unterstützung: Fahrtkostenunterstützung von RHD-Zentrale 340 Mark; Spenden, gesammelt in Hannover und auf dem Solidaritätsfest der RHD in Celle am 1. 7.: 145 Mark; Einzelspende aus Tübingen direkt an mich: 65 Mark. Prozeßunterstützung im Juli '78 insgesamt: 550 Mark."

Wegen demselben Delikt wie Volker Nieber, nämlich Teilnahme am Roten Antikriegstag in München, mußte am 1. 12. 78 Klaus Singer für ein Jahr ins Gefängnis. Zur Vorbereitung auf die Gefängniszeit organisierte der Zentralvorstand der RHD ein Zusammentreffen mit Klaus und zwei ehemaligen politischen Gefangenen. Bei diesem Gespräch ging es hauptsächlich um Informationen über den grauen Alltag im Gefängnis, die Probleme, die aus dem Zusammenleben mit kriminellen Gefangenen entstehen und andere ähnliche Probleme. Auch die Ausnutzung der wenigen Rechte, die man als Gefangener hat, und die Anwendung des Strafvollzugsgesetzes kamen zur Sprache. Es wurde auch besprochen, wie am besten die Betreuung während der Haftzeit selbst organisiert werden kann.

In letzter Zeit rücken immer mehr Prozesse in den Vordergrund, die mit dem Kampf gegen das Auftreten der Neonazis und gegen die Faschisierung des Bonner Staates zu tun haben. Darin spiegelt sich die Tatsache wider, daß die Justiz die Provokationen der Faschisten gezielt benutzt, um gegen Kommunisten, Antifaschisten und Demokraten gerichtlich vorzugehen. Durch große Mammutprozesse — wie im Hamburger Antifaschistenprozeß — versucht man, den Angeklagten immense Prozeßkosten aufzubürden.

Auch die vier Kieler Antifaschisten erhielten kürzlich die Rechnungen über die Gerichtskosten. Jeder soll rund 1 000 Mark für einen Prozeß bezahlen, in dem sie für ihr Vorgehen gegen einen Informationsstand der Nazis in Kiel zu Gefängnis (mit Bewährung) bestraft wurden. Schon allein die Zeugen, zum Teil stadtbekannte Nazis, kosteten die Genossen zusammen über 3 000 Mark. Woher sollten die vier Arbeiter dieses viele Geld nehmen?

Die Kieler Ortsgruppe hat schon frühzeitig, während der Prozeß lief, mit dem Sammeln von Geld zur Unterstützung der Genossen begonnen, hat Basare organisiert usw. Darüber hinaus wurden die Genossen jetzt aus dem zentralen Spendentopf unterstützt, mit bisher 3 000 Mark.

Dietrich Lohse, einer der vier Antifaschisten, schrieb an die RHD:

„(...) Allein hätte ich das Geld nicht aufbringen können, da ich nicht besonders viel Geld verdiene und meine Frau zur Zeit arbeitslos ist. (...) Als Kommunist werde ich wie bisher nun erst recht dazu beitragen, daß die Rote Hilfe lebendig bleibt und wächst, bis sie mit dem Sturz der Ausbeuter und Unterdrücker überflüssig wird."

Die Rote Hilfe Deutschlands wird mehr und mehr zu einem festen Rückhalt für alle in diesem Staat politisch Verfolgten. Ihre erfolgreiche Arbeit ist eine Voraussetzung dafür, daß die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen ihren Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung bestehen können.



Im August 1977 demonstrieren die slowenischen Patrioten in Bleiberg für zweisprachige Ortsschilder. Auf dem Transparent am Wagen steht: „Für die Einstellung der politischen Prozesse".

Die slowenische Minderheit in Kärnten

„Man mordet uns, weil wir nicht sterben wollen!"

Volkskorrespondenz

„Sonnenland Kärnten", mit solchen und ähnlichen Slogans werben die Reiseunternehmen urlaubshungrige Deutsche an. Wer aber weiß schon, daß es in diesem schönen Land eine nationale Minderheit gibt, die um ihre nationalen Rechte kämpfen muß? Seit Menschengedenken siedeln in Kärnten Deutschsprachige und Slowenen.

Nach dem ersten Weltkrieg entbrannte zwischen dem neu entstandenen Königreich Jugoslawien und faschistischen Kreisen Österreichs ein Streit um Teile von Kärnten. Als die Siegermächte eine Volksabstimmung über die Frage organisierten, ob das Gebiet zu Österreich oder Jugoslawien gehören solle, entschieden sich auch viele Slowenen für Österreich. Dabei mögen die bessere soziale Versorgung in Österreich und Versprechungen an die nationale Minderheit eine Rolle gespielt haben. 1938 wurde Österreich von der Hitlerwehrmacht besetzt, eine finstere Zeit für die slowenische Volksgruppe begann.

Verbot, Verschleppung, Mord

Die Nazis verboten die slowenische Sprache. Im benachbarten Untersteiermark erließen sie folgenden Aufruf:

„Die Untersteiermark ist auf ewig Bestandteil des Deutschen Reiches! In Deutschland wird nur deutsch gesprochen. Dem untersteierischen Bauern, Arbeiter und Bürger rufen wir zu: Du bist kein Slowene! Du bist ein Glied der deutschen Volksgemeinschaft! Wer sich dem entgegenstellt, verliert seinen Kopf! Wer sich als Slowene bekennt, muß damit rechnen, daß seine Familie Heimat, Obdach und Brot verliert und er selbst als Staatsfeind bis zum letzten verfolgt wird..."

Die Nazis ermordeten viele Angehörige der slowenischen Intelligenz. Es wird berichtet, daß ein Pfarrer vor seinem gewaltsamen Tode gezwungen wurde, zerstoßenes Glas zu essen.

Seit 1942 lockten die Nazis knapp 1.000 Bauernfamilien mit dem Versprechen von ihren Höfen fort, sie würden in der Ukraine neues Land bekommen, sie könnten dort „Neu-Kärnten" gründen. „Volksdeutsche" zogen in die verwaisten Höfe ein, und die Slowenen fanden sich in Arbeitslagern und in der Rüstungsindustrie wieder. Die Ukraine haben sie nie gesehen.

Der slowenische Widerstand begann kurz nach dem Einmarsch der Hitler-Wehrmacht. In der Gemeinde Zell/Sele rissen mutige Patrioten in aller Öffentlichkeit die Hakenkreuzfahne herunter. Statt sich in den Waffenrock der Nazis zwängen zu lassen, gingen viele junge Männer als Partisanen in die Berge. Waffen wurden besorgt, Bunker gebaut, Sabotageakte gegen den Feind verübt; es entwickelte sich ein regelrechter Kleinkrieg gegen die SS- und Polizeitruppen.

„Achtung, Bandengebiet . . .

. . . nur in Geleit fahren!" Diese Warnschilder mußten die Nazis im Gebiet der Kärntener Slowenen aufstellen. Der Nazi-Staat nahm den slowenischen Partisanenkampf so ernst, daß im April eigens der Volksgerichtshof unter dem Vorsitz des Blutrichters Freisler aus Berlin anreiste. Von 35 angeklagten Arbeitern und Kleinbauern, darunter zahlreiche Frauen, wurden 13 enthauptet. Überliefert sind die Worte des zum Tode verurteilten Jurij Pasterk: *„Man mordet uns, weil wir nicht sterben wollen. Laßt euch, die ihr am Leben bleibt, unsere Sprache und unsere Lieder nie verbieten."*

Zusammen mit dem deutschen Solidaritätskomitee in Klagenfurt demonstrieren die slowenischen Patrioten für ihren „Clen 7", den Artikel 7 des Staatsvertrages.

Gegen Kriegsende gelang es den slowenischen Partisanen, rund 90 Nazi-Verbrecher ihrer gerechten Strafe zuzuführen.

Ein guter Anfang

Am Widerstand der Völker Österreichs gegen den Faschismus waren die Slowenen in großem Umfang beteiligt. Der im Jahre 1955 abgeschlossene Staatsvertrag, der die Besetzung Österreichs durch die Truppen der Anti-Hitler-Koalition beendete, regelte auch die Rechte der nationalen Minderheiten.

Nachweislich auf Druck der damals sozialistischen Sowjetunion sind die Rechte der nationalen Minderheiten in Artikel 7 vollständig und gerecht festgelegt worden. Es heißt dort unter anderem:

- **Gleichberechtigung der Slowenen und Kroaten mit den anderen Österreichern;**
- **Unterricht in der Muttersprache;**
- **Recht auf eigene Schulen;**
- **Recht auf zweisprachige topographische Namen (z. B. Ortsschilder)**
- **Verbot der Tätigkeit von Organisationen, die den Minderheiten ihre Rechte nehmen wollen.**

Die Tinte unter dem Staatsvertrag war kaum trocken, da krochen sie schon wieder aus ihren Löchern:

- **der „Kärntener Heimatdienst", der seit dem ersten Weltkrieg vom deutschchauvinistischen Standpunkt aus antislowenische Hetze betreibt, vergleichbar mit den „ostdeutschen Landsmannschaften" in Westdeutschland;**
- **der „Schulverein Südmark", der bereits in den zwanziger und dreißiger Jahren mit der faschistischen Terrorbande „Organisation Eschenbach" (Orgesch) zusammenarbeitete.**

Die schnell wiederaufgenommenen Aktivitäten fanden ihren Niederschlag in einem Bericht eines Landschulrates: *„Ein kleiner Teil der Bevölkerung des zweisprachigen Gebiets — er besteht überwiegend aus ehemaligen Nationalsozialisten — versucht auf verschiedene Weise den zweisprachigen Unterricht unmöglich zu machen. Wir haben festgestellt, daß in jedem einzelnen Fall ehemalige Nazis in einflußreichen wirtschaftlichen Positionen hinter den Aktionen standen."*

Bereits 1958 wird der zweisprachige Unterricht per Erlaß abgeschafft. Gleichzeitig beginnt eine üble Hetzkampagne in der Presse gegen die slowenische Minderheit, gesteuert von ehemaligen Nazi-Größen. Die gerechte Bestrafung der 90 Nazis durch slowenische Partisanen wird zum barbarischen Mord verfälscht. Das Klagenfurter Landesarchiv verweigert den Zugang zu Polizeiakten, die den wahren Sachverhalt beweisen könnten. Briefe mit slowenischer Anschrift werden nicht befördert, bei der Post besteht ein faktisches Berufsverbot für Slowenen.

Die Fünfzigjahrfeier der Volksabstimmung im Jahre 1970 wird von Hofrat Dr. Koschier, einem erfahrenen Nazi-Funktionär, organisiert. Sie gerät zu einem antislowenischen Massenauflauf, dem die höchsten Spitzen des österreichischen Staates durch Festansprachen ihren Segen gaben.

Nach dieser Provokation begannen die Kärntener Slowenen stärker auf ihren verbrieften Rechten zu bestehen. Ihr Forderungskatalog bestand aus einem Punkt: „Clen 7"

„Artikel 7 muß durchgeführt werden!"

Diese Parole wurde bei Demonstrationen getragen und auf Wände gemalt. Außerdem setzten die Slowenen einen Punkt des Artikels gleich in die Tat um: Sie stellten demonstrativ zweisprachige Ortsschilder auf oder ergänzten die einsprachigen mit den slowenischen Namen. Unter den deutschsprachigen Kärntenern entstand eine Solidaritätsbewegung mit der unterdrückten nationalen Minderheit. In Klagenfurt wurde ein Solidaritätskomitee gegründet. 1972 nahmen dort an einer Demonstration für die Rechte der Slowenen gut 4.000 Menschen teil.

Im selben Jahr sah sich der Wiener Bundestag gezwungen, per Gesetz die Wiedereinführung der zweisprachigen Ortsschilder anzuordnen.

Doch kaum stehen die Schilder, werden sie vom „Heimatdienst" und von diversen „Kameradschaftsbünden" in geplanten Aktionen sämtlich wieder herausgerissen. Sogar einige Bürgermeister marschieren an der Spitze dieser „Ortstafelstürmer". Die Behörden duldeten diese slowenenfeindlichen Aktionen und ließen die Reaktionäre straffrei ausgehen.

„Sieg in deutscher Nacht"

Eine weitere Möglichkeit, die Slowenen zu provozieren und zu demütigen, sehen die reaktionären Kräfte im Aufstellen von „Abwehrkampf"-Denkmälern. (Der unter Führung faschistischer Kräfte stehende Kampf gegen Jugoslawien in den zwanziger Jahren wurde allgemein „Abwehrkampf" genannt.) Im Mai 1976 wurde dem „Abwehrkämpfer" Dr. Steinacher vor dem Schulzentrum in Völkermarkt/Velikovec ein Denkmal gesetzt.

Steinacher hat sich nicht nur im „Abwehrkampf" betätigt, er war während der Hitler-Zeit ein führender NS-Mann und veröffentlichte 1943 eine üble faschistische Hetzschrift „Sieg in deutscher Nacht". 1970 wurde dieses Buch neu aufgelegt, bereinigt nur um die gröbsten antisemitischen Ausfälle. Es kam des öfteren vor, daß die Denkmäler solcher Nazi-Größen einfach in die Luft gesprengt wurden.

Die Slowenen halten es nicht für ausgeschlossen, daß die Sicherheitsorgane, die solche Denkmäler ständig bewachten, in die Sprengaktionen verwikkelt waren, um gegen die slowenische Minderheit Provokationen zu verüben.

Einen raffinierten Versuch in dieser Richtung starteten Behörden und Presse im Fall eines Sekretärs des „Rats der Kärntener Slowenen", F. Warasch.

Am 21. Januar 1977 gegen 3 Uhr nachts stürmte die Polizei die Wohnung des slowenischen Funktionärs, durchsuchte sie und nahm ihn in Untersuchungshaft. Rund 100 Polizisten hatten zuvor die Umgebung abgeriegelt. Die nachfolgende Anklage stützte sich auf die Anzeige eines gewissen Güttler, der angab, von Warasch eine Bombe und den Auftrag erhalten zu haben, die Klagenfurter Trafostation zu sprengen.

In einer konzentrierten Pressekampagne wird in den nächsten Tagen versucht, Warasch und damit den Kampf der Slowenen zu kriminalisieren.

Die größte Kärntener Tageszeitung bringt einen Tag nach Waraschs Verhaftung sein Bild und füllt den Rest der Spalten mit den Paragraphen des Strafgesetzbuches, nach denen er verurteilt werden sollte. Der Denunziant Güttler kommt groß zu Wort und wird zu einem mutigen und gerechtigkeitsliebenden Kämfer hochstilisiert.

Ein Schlußstrich ist noch nicht gezogen

Doch die slowenischen Organisationen und das deutsche Solidaritätskomitee entfesselten eine Gegenkampagne. Sie entlarvten vor allem die Rolle von Polizei und Justiz bei diesem niederträchtigen Spiel. Warasch wurde mangels Beweisen freigesprochen. Doch seine Anzeige gegen Güttler wegen Verleumdung blieb ohne Erfolg.

So wird die slowenische Minderheit im „Sonnenland Kärnten" noch schwere Kämpfe um ihre Rechte führen müssen. Wie zynisch die Nazis an ihren reaktionären Zielen festhalten, zeigen sie in einer Rede des Kärntener Heimatdienstes von 1970: „Also hat die Geschichte in Kärnten noch keinen Schlußstrich gezogen. Sie zieht ihn unter zwei Völker nur, wenn eins von ihnen nicht mehr besteht.".

Ein Schlußstrich ist in der Tat noch nicht gezogen. Er wird nur unter dieses Kapitel erst gezogen, wenn der Faschismus geschlagen ist, wenn seine gesellschaftlichen Grundlagen nicht mehr bestehen!



Ähnlich wie bei uns Westdeutschland steht die Polizei an der Seite der Faschisten. Hier geht sie brutal gegen einen slowenischen Patrioten vor, der gegen ein faschistisches Denkmal protestieren wollte.

Am Samstag, den 15. April, gegen 7.20 Uhr Ortszeit wurde der nördliche Teil der Sozialistischen Volksrepublik Albanien von einem äußerst schweren Erdbeben heimgesucht. Viele Dörfer der Distrikte Shkodra und Lezha sind betroffen, insbesondere die Ortschaften Dajc, Oblike, Velipoja, Bushat, Barbullush, Mjede etc. Zerstörungen wurden außerdem in den Distrikten Mirdita, Diber, Kruja, Mat, Puka und Topoja verursacht. 35 Menschen fanden den Tod, 379 wurden verletzt geborgen, 9.300 Wohnhäuser wurden völlig zerstört bzw. stark beschädigt; 420 Wirtschaftsgebäude und kulturelle Einrichtungen wurden in Mitleidenschaft gezogen. Es handelt sich um das schwerste Erdbeben in Albanien seit der Befreiung im Jahre 1944.

Solidaritätstelegramm

An den Vorsitzenden des Ministerrats der Sozialistischen Volksrepublik Albanien, Genossen Mehmet Shehu, Tirana

Die Nachricht von dem Erdbeben, das auch Ihr Land getroffen hat, hat unter den Genossen der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten und der Roten Garde, ihrer Jugendorganisation, große Betroffenheit ausgelöst. Wir versichern Sie unseres tiefen Mitgefühls und unserer Solidarität im Kampf gegen die Folgen dieser Naturkatastrophe.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten
Zentralkomitee der Roten Garde

Schweres Erdbeben in Nordalbanien

„Einer für alle — alle für einen"

Noch am selben Tag trat auf Anweisung des ersten Sekretärs des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens, Genossen Enver Hoxha, das Politbüro der Partei zusammen, verschaffte sich einen ersten Überblick über die Folgen der schweren Naturkatastrophe und erteilte der Regierung und den verantwortlichen Stellen entsprechende Instruktionen.

Das Zentralkomitee der PAA und der Ministerrat richten eine Grußbotschaft an die betroffene Bevölkerung. Sie drücken den Anverwandten der Opfer ihr *„tiefstes Beileid"* aus. *„Genauso wie immer sind das Zentralkomitee der Partei und der Ministerrat auch in diesem Augenblick bei Euch und sichern Euch ihre allseitige Unterstützung und Hilfe zu."*

Weiter heißt es in der Botschaft: *„Das Zentralkomitee der Partei und der Ministerrat haben die feste Überzeugung, daß das fleißige und tapfere Volk der Distrikte Shkodra und Lezha sich auch dieses Mal mutig den vom Erdbeben verursachten Schwierigkeiten stellen wird. Zusammengeschlossen um die Partei wird es mit dem ihm eigenen revolutionären Elan, Hand in Hand mit unserem ganzen Volk, den Kampf für den sozialistischen Aufbau unseres Landes, für die Erfüllung der historischen Beschlüsse des 7. Parteitages und der Aufgaben des Jahresplans für 1979 fortsetzen."*

Abschließend rufen das Zentralkomitee der Partei und der Ministerrat die Bevölkerung des ganzen Landes auf, die betroffenen Menschen der betroffenen Distrikte beim Wiederaufbau tatkräftig zu unterstützen.

Daß dies alles keine leeren Worte sind, zeigt sich schon in den ersten Stunden nach dem schweren Erdbeben. Auf der Grundlage der Anweisungen des Zentralkomitees der Partei faßte der Ministerrat noch am 15. April, dem Tag des Bebens, folgenden Beschluß:

1. Alle Häuser, Schulen, Wirtschaftsgebäude und kulturellen Einrichtungen, die durch das Erdbeben baufällig oder zerstört worden sind, müssen bis zum 1. Oktober 1979 vollständig repariert und wiederaufgebaut sein.

2. Sämtliche Ausgaben für den vollständigen Wiederaufbau und die Reparatur der baufälligen oder zerstörten Häuser, Schulen, Wirtschaftsgebäude und kulturelle Einrichtungen werden vom Staat übernommen.

3. Der Staat gewährt den vom Erdbeben am meisten betroffenen Familien unbegrenzte materielle Hilfe und übernimmt die Kosten für die Bestattung der Opfer.

4. Das Bauministerium wird umgehend Sonder-Baubrigaden mit ausgesuchten Fachleuten und speziellen Geräten in die vom Erdbeben betroffenen Gebiete entsenden. Genauso sollten die Ministerien, die anderen zentralen Institutionen und die Exekutiv-Komitees der Volksräte der Distrikte schwerpunktmäßig die Distrikte Shkodra und Lezha unterstützen, um die Folgen des Erdbebens so schnell wie möglich zu überwinden.

5. Die Kosten für den Transport des Materials und der freiwilligen Helfer aus den anderen Distrikten in die vom Erdbeben betroffenen Gebiete übernimmt der Staat.

6. Eine staatliche Kommission für die Beseitigung der Erdbebenfolgen wird vom Ministerrat geschaffen. Sie wird solange im Amt bleiben, bis die oben genannten Aufgaben vollständig erledigt sind.

Nachdem beim Erdbeben im November 1975 im Bezirk Saranda die Schäden in nur 23 Tagen beseitigt waren, bereiten die albanischen Werktätigen den Genossen des Zentralkomitees und der Regierung einen begeisternden Empfang.

Das Zentralkomitee der Partei und der Ministerrat sandten die Genossen Mehmet Shehu, Mitglied des Politbüros und Vorsitzender des Ministerrats, und Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des Zentralkomitees in die vom Erdbeben betroffenen Gebiete.

Im kleinen Dorf Dajc, das 24 Tote zu beklagen hat, darunter drei Schüler, besuchten die Genossen die Familien der Opfer.

In Velipoja ist eine junge Melkerin, Liza Zeli, bei dem Erdbeben ums Leben gekommen. Sie genoß aufgrund ihrer hervorragenden Leistungen ein hohes Ansehen bei den Genossenschaftsbauern. Kurz vorher hatte sie den Antrag gestellt, in die Reihen der Partei der Arbeit Albaniens aufgenommen zu werden. Der Genosse Mehmet Shehu schlug dem zuständigen Parteikomitee vor, Liza Zeli posthum in die Partei aufzunehmen.

Noch am selben Tag inspizierten die Genossen die Aufbauarbeiten in Barbullush, wo 629 Häuser völlig zerstört waren.

Nach zwei Tagen konnten sie dem Zentralkomitee und dem Ministerrat melden, daß alle 46.320 Obdachlose in provisorischen Unterkünften untergebracht waren.

Die folgenden Tage zeigten auf eindrucksvolle Art und Weise, wie das albanische Volk seinen betroffenen Brüdern und Schwestern im Norden des Landes zur Hilfe eilte.

Das albanische Volk führt so aller Welt vor Augen, daß es aus eigener Kraft in der Lage ist, mit den größten Schwierigkeiten fertigzuwerden. Mögen die bürgerlichen Zeitungen pikiert feststellen, daß Albanien ausländische Hilfe verschmäht, mögen sie Meldungen über eine angeblich „unklare Lage" in Albanien lancieren, jeder fortschrittliche Mensch sieht mit Freude und Begeisterung, wie das albanische Volk nach dem Prinzip „Einer für alle — alle für einen" mit den größten Schwierigkeiten fertigzuwerden versteht.

Die Kommission für den Wiederaufbau, die vom Ministerrat ins Leben gerufen wurde, entsendet auf der Stelle 500 Spezialisten in die betroffenen Gebiete. Drei komplette Baubrigaden werden in Marsch gesetzt. 1.557 Tonnen Zement, 100 Tonnen Eisen, 3 Millionen Ziegelsteine, eine große Menge Bretter und Balken, Türen und Fenster und anderes Baumaterial werden bereitgestellt.

Das Stahlkombinat „Stahl der Partei" in Elbasan stellt eine Brigade von 150 Freiwilligen Helfer zusammen, das Holzkombinat „Naku Spiru" schickt große Mengen von Holz und Baumaterial in die Unglücksgebiete. Aus Durres treffen 25 Tonnen Nägel, 65.000 Quadratmeter Glas und 80.000 Ziegel ein. Vlora schickt 200 Spezialisten, 120 Kubikmeter Holz, 250 Tonnen Zement, 10 Tonnen Gips. Korça stellt eine Spezialistenbrigade zusammen.

In den kapitalistischen Welt lassen Naturkatastrophen die betroffenen Menschen in Elend und Hoffnungslosigkeit zurück, Korruption und Verbrechertum suchen die Opfer noch zusätzlich heim. Das albanische Volk jedoch demonstriert — von der Partei der Arbeit erzogen — auf höchst eindrucksvolle Weise, wie ein sozialistisches Land, ein Land der Diktatur des Proletariats auch mit diesen Schwierigkeiten fertig wird.

Als die Bezirke Dibra und Librazhd am 30.11.1967 von einem schweren Erdbeben heimgesucht wurden, gab es 12 Tote, 174 Verletzte, 534 völlig zerstörte Gebäude; insgesamt waren 6.336 Häuser beschädigt. Trotz eisiger Kälte und schwierigem Gelände konnten die Aufbauarbeiten bereits nach 25 Tagen abgeschlossen werden.

Auch die jugoslawische Provinz Montenegro wurde von dem Erdbeben am Ostersonntag erheblich zerstört. Die Völker Jugoslawiens haben über 100 Tote zu beklagen. 80 Prozent der Bevölkerung ist obdachlos. Die Belgrader Revisionisten-Clique spricht davon, daß die Aufbauarbeiten zehn Jahre (!) in Anspruch nehmen werden. In unserer Presse wird in großer Aufmachung auf die ausländische Hilfe hingewiesen, es wird zu Spenden aufgerufen. Doch Albanien wird in fünf Monaten alle Schäden beseitigt haben, ohne Hilfe von außen, auf die eigenen Kräfte gestützt.


Nach dem schweren Erdbeben im Jahre 1967 im Bezirk Dibra und Librazhd beseitigen die albanischen Werktätigen in wenigen Wochen die Schäden.

Das letzte schwere Erdbeben in Albanien ereignete sich am 22.11.1975. Damals waren über 600 Häuser zerstört oder beschädigt. In nur 23 Tagen hatte das albanische Volk die Schäden vollständig beseitigt. Aus Anlaß dieser heroischen Leistungen veröffentlichte der Ministerrat folgende Erklärung:

„In der großen selbstlosen Arbeit der werktätigen Massen, um die Folgen des Bebens zu beheben, erstrahlte erneut die korrekte Linie der klug und weitblickend von ihrem Zentralkomitee mit Genossen Enver Hoxha an der Spitze geführten Partei der Arbeit. In dieser großen Volksaktion kam wie stets die kämpferische und revolutionäre große Einheit, die Lebenskraft unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung, das Wirtschaftspotential unseres sozialistischen Vaterlandes, das politische Bewußtsein und der hohe Patriotismus des Volkes zum Ausdruck. Während in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern Ausbeutung und Verelendung, Unsicherheit vor Gegenwart und Zukunft, Arbeitslosigkeit, Inflation usw. herrschen, sind bei uns diese Gebrechen der kapitalistischen und revisionistischen Welt nicht nur unbekannt, sondern im Gegenteil, selbst wenn es zu Naturkatastrophen kommt, werden sie sehr schnell überwunden, und sie werden zu einer mobilisierenden, organisierenden und materiallen Kraft zum Aufbau unseres neuen Lebens und zur Verteidigung der Errungenschaften unseres sozialistischen Vaterlandes.

In der großen Volksaktion, um die Folgen des Erdbebens im Bezirk Saranda zu beseitigen, wurde abermals bewiesen, daß das albanische Volk unter der lichten Führung der Partei der Arbeit niemals Hindernisse und Schwierigkeiten, seien sie von der Natur hervorgerufen oder von den imperialistischen Feinden und den modernen Revisionisten geschaffen, gekannt hat, kennt und kennen wird."


Am 12. Dezember 1975 besuchte der Vorsitzende des Ministerrats der VRA, Mehmet Shehu, das am 22. November von einem Erdbeben heimgesuchte Gebiet (Bezirk Saranda, Südalbanien).

Rückblick auf die Erdbebenkatastrophe von Friaul

„In der Heimat sind wir jetzt im Exil"

Die norditalienische Provinz Friaul wurde im Mai 1976 von einer schweren Erdbebenkatastrophe heimgesucht. Mehrere tausend Tote waren zu beklagen, 40.000 hatten kein Dach mehr über dem Kopf. Die Regierung in Rom sagte den betroffenen Menschen rasche Hilfe zu.

Als aber Regierungschef Andreotti im August die zerstörte Provinz besuchte, wurde er von einer aufgebrachten Menge empfangen. *„Tourist, komm doch und sie dir unsere leeren Häuser an!"* Hohn und Verbitterung schlug dem Ministerpräsidenten entgegen.

Die rasche Hilfe der Regierung hatte darin bestanden, daß Ende August von 54.000 schwer beschädigten Wohnungen erst 14.000 in Stand gesetzt waren. Weit über die Hälfte der Obdachlosen hauste noch in provisorischen Unterkünften.

Als die verantwortlichen Stellen den Bau von Fertighäusern in den verwüsteten Gebieten beschlossen hatten, rangelten die Baufirmen um den Zuschlag. Christdemokrat Bandera, Bürgermeister von völlig zerstörten Städtchen Majano, kassierte Schmiergelder in Höhe von 30.000 Mark, ebenso Guiseppe Balbo, Privatsekretär eines staatlichen Kommissars, der sämtliche Wiederaufbauarbeiten leitete. Der Präfekt von Udine, der sechzigjährige Domenico Spaziante wußte von diesen Transaktionen, dachte aber nicht im Traum daran, diese Machenschaften zur Anzeige zu bringen. Im Gegenteil, er wollte stiller Teilhaber werden.

Die Ferighausfirma Prescasa bekam den Zuschlag, ein Auftrag über 2,4 Millionen Mark. Jetzt hatten die Politiker Blut gerochen, sie schraubten ihre Ansprüche auf 5 Prozent vom Gesamtumsatz hoch. Die ganze Sache flog auf und kam vor Gericht. Man kann sicher sein, daß dieser Skandal nur die Spitze eines Korruptionsberges ist.



Parolen werden für die „Republikanischen Linken" gemalt.

Gemeindewahlen in Spanien

Republikanische Abgeordnete in den Rathäusern

In Spanien sind in diesem Monat Gemeinde- und Provinzräte gewählt worden. Ein bemerkenswertes Ergebnis dieser Wahlen ist die Tatsache, daß zum ersten Mal seit vier Jahrzehnten wieder Republikaner in den Räten vertreten sind.

Die Kandidaten der „Republikanischen Linken" zogen in mehreren Orten in die Gemeindevertretungen ein, so etwa in Llauri (Valencia), in Arevalo (Avila), in Cullera, Manuel, Binefar, in der Provinz Madrid usw. Unter ihnen sind auch Genossen der Kommunistischen Partei Spaniens/ML. Ihrem Erfolg kommt besondere Bedeutung zu, wenn man bedenkt, daß sowohl die Partei wie auch andere revolutionäre Organisationen auch im heutigen Spanien illegal sind und daß das Regime in Madrid ihre Tätigkeit in jeder nur erdenklichen Form behindert.

Die Wahlerfolge der „Republikanischen Linken" sind nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Kandidaten in ihren Wohnorten als konsequente Kämpfer gegen die Monarchie, als unbestechliche Verfechter der Interessen der Werktätigen bekannt waren; daß sie zudem mit klaren Programmen für die Verbesserung der Lage der Werktätigen hervorgetreten sind. Programmpunkte waren zum Beispiel die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Unterstützung der Streikkassen durch die Gemeindevertretung, die aktive Unterstützung der Vertretungen bei der Liquidierung des Frankismus usw.

Der letzte Punkt hatte durch die Vorstellung des neuen Kabinetts von Ministerpräsident Suarez Anfang des Monats wieder besondere Aktualität erlangt. Zum Innenminister der neuen Regierung wurde nämlich einer der grausamsten Schlächter der Franco-Zeit gemacht — General Ibanez. Dieser Faschist war unter anderem Angehöriger der „Blauen Division", einer spanischen Mordbande, die sich als Hilfstruppe der deutschen Nazis beim Überfall auf die Sowjetunion einen blutigen Namen machte. Später wurde Ibanez Befehlshaber der „Guardia Civil", der berüchtigten Bürgerkriegstruppe des Franco-Regimes. Die Tatsache, daß ein solcher Experte des faschistischen Terrors Innenminister geworden und damit wieder mit der Unterdrückung der Massenkämpfe beauftragt ist, wirft ein bezeichnendes Licht auf das gegenwärtige spanische Regime.

Diese Tatsache bestätigt völlig, was die KPSp/ML und die anderen Republikaner gerade während der letzten Wahlen immer wieder herausgestellt haben: daß nämlich die angebliche Demokratisierung Spaniens nur eine Farce ist, wobei in Wahrheit das heutige monarchofaschistische Regime den Frankismus fortsetzt. Während des Wahlkampfes lag so der Schwerpunkt der Arbeit der Partei auch nicht darin, möglichst viele Sitze in den Gemeinderäten zu gewinnen, sondern darin, die Volkseinheit gegen dieses monarchistische Regime zu schmieden und den Kampf für die Republik zu aktivieren.

Die Ergebnisse dieses Kampfes lassen sich nicht nur in den republikanischen Stimmen bei den Gemeindewahlen ablesen. Auch die anderen Resultate dieser Wahlen zeigen, daß die werktätigen Massen zunehmend Illusionen über die sogenannte Demokratisierung verlieren. So mußte etwa im Verhältnis zu den Parlamentswahlen vom 1. März die Regierungspartei UCD, die offene Vertreterin des monarchistischen Regimes, erhebliche Stimmverluste hinnehmen. Nahezu in allen großen Städten und Industrieregionen gingen die „linken" Parteien (Sozialisten und Revisionisten) als Sieger hervor. Wobei angemerkt werden muß, daß diese Gruppen zwar demagogisch als Arbeiterparteien auftreten, in Wahrheit aber auch Stützen des Madrider Regimes sind.

Noch bedeutender als die Niederlage der UCD ist allerdings das rapide Ansteigen der Wahlenthaltungen. Bei den Parlamentswahlen waren schon 33 Prozent der Wahlberechtigten nicht zur Urne gegangen. Und zu den Gemeinderatswahlen hatten gar 40 Prozent ihre Stimme nicht abgegeben. In diesem für westeuropäische Verhältnisse sehr hohen Anteil der Enthaltungen kommt besonders deutlich die Desillusionierung der Massen zum Ausdruck, die zunehmend die Erfahrung haben machen müssen, daß sich seit dem Tode Francos an ihrer Lage kaum etwas geändert hat und daß auch die „Arbeiterparteien" sie in jeder Hinsicht verraten. Die breite Stimmung der werktätigen Massen gegen das Regime und die Verräterparteien bildet einen guten Boden für die weitere revolutionäre Tätigkeit der KPSp/ML und der anderen republikanischen Kräfte, die den Völkern Spaniens die einzige wirkliche Alternative weisen — nämlich die völlige Zerschlagung des Frankismus und den Kampf für die föderative Volksrepublik.

Gemeinsame Erklärung von marxistisch-leninistischen Parteien Westeuropas

„Keine Stimme für das Europa der Monopole!" Unter dieser Losung steht die im folgenden abgedruckte Erklärung von sechs marxistisch-leninistischen Parteien Westeuropas zu den Europawahlen. Im scharfen Gegensatz zu den verlogenen Parolen der Sozialdemokratie und der Revisionisten aller Schattierungen, die gegenwärtig die Propagandatrommel für die EG und das Europaparlament rühren, rufen unsere Parteien die Werktätigen zum Kampf gegen das Europa der Monopole, zum Kampf für Freiheit und Demokratie, Frieden und Völkerverständigung auf.

Die Resolution zur Europawahl ist ein Ausdruck der Einheit unserer Parteien im Kampf gegen Imperialismus, Revisionismus und Reaktion, einer Einheit, wie sie auch schon in früheren gemeinsamen Erklärungen marxistisch-leninistischer Parteien deutlich wurde. Eine besondere Bedeutung erlangt die Erklärung zur Europawahl dadurch, daß mit ihr zum ersten Mal unsere Parteien ihre Aktivitäten zu einer gemeinsamen internationalen politischen Kampagne zusammenschließen.



Französische und deutsche Stahlarbeiter demonstrieren gemeinsam gegen Arbeitsplatzvernichtung (März 1979).

Keine Stimme für das Europa der Monopole

Am 10. Juni dieses Jahres finden in Frankreich, Belgien, Luxemburg, den Niederlanden, der Deutschen Bundesrepublik, Britannien, Italien, Irland und Dänemark die sogenannten Europa-Wahlen statt. Die Regierungen und die bürgerlichen Parteien dieser Länder, die christdemokratischen, sozialdemokratischen und liberalen und anderen Parteien behaupten, daß die „Europäische Gemeinschaft" den Interessen der Werktätigen dient, daß sie ihnen wirtschaftliche Sicherheit, Freiheit und Demokratie bringt, daß sie dem Frieden und der Völkerverständigung in Europa und in der ganzen Welt dient.

Im Gegensatz dazu erklären die Kommunistische Partei Dänemarks/Marxisten-Leninisten, die Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs, die Kommunistische Partei Italiens/Marxisten-Leninisten, die Portugiesische Kommunistische Partei (Wiederaufgebaut), die Kommunistische Partei Spaniens/Marxisten-Leninisten und die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten:

Die „Europäische Gemeinschaft" ist allein im Interesse der Monopole. Sie ist ein Instrument der westeuropäischen Imperialisten und des USA-Imperialismus zur Ausbeutung und Unterdrückung der Völker, gegen die Revolution, die wahre Demokratie und den Sozialismus. Deshalb können die Arbeiterklasse und die übrigen Werktätigen die „Europäische Gemeinschaft" nicht unterstützen, sondern müssen sie bekämpfen. Was hat die „Europäische Gemeinschaft" den Werktätigen in Stadt und Land denn gebracht? Was wird sie den Werktätigen der Länder bringen, die ihr beitreten sollen?

Mehr wirtschaftliche Sicherheit? Nein, sondern verschärfte Ausbeutung, wachsende Arbeitslosigkeit, steigende Preise, den Ruin von Millionen Bauern. Um die Profite der EG-Monopole zu erhöhen, wurden in den EG-Mitgliederstaaten Hunderte von Zechen geschlossen. Insgesamt zählt das Arbeitslosenheer in diesen Ländern nach offiziellen Angaben derzeit 7,5 Millionen, hinzu kommen weitere Millionen Kurzarbeiter. Um die Profite der EG-Monopole zu erhöhen, sollen jetzt im Rahmen des Davignon-Plans 140000 Arbeitsplätze in der Stahlindustrie vernichtet werden. Mehrere Millionen Bauern wurden seit Bestehen der EG von ihren Höfen vertrieben. Während die Preise für Lebensmittel steigen, wurden allein 1977/78 86 Millionen DM aus den Steuergeldern der Werktätigen dafür verwendet, um über 200000 Tonnen Obst und Gemüse zu vernichten.

Mehr Freiheit und Demokratie? Nein, sondern mehr Polizei und mehr Gesetze zur Unterdrückung der Werktätigen. Eine unter dem Vorwand der „Terroristenbekämpfung" immer engere Zusammenarbeit der staatlichen Unterdrückungsorgane der EG-Länder gegen den revolutionären Klassenkampf in Westeuropa. Ein immer massiveres Auftreten der Faschisten, die sogar zu den „Europa-Wahlen" kandidieren, wie etwa in der Deutschen Bundesrepublik Otto von Habsburg und der Nazi-Verbrecher Filbinger, in Italien der Mörder der Partisanen Giorgio Almirante usw.

Im Interesse von Frieden und Völkerverständigung? Wie soll die „Europäische Gemeinschaft" dem Frieden und der Völkerverständigung dienen, wenn die EG-Monopole die Völker Europas, die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas ausbeuten und unterdrücken? Wie soll sie die Völkerverständigung fördern, wenn die „Europäische Gemeinschaft" das Elend und die Unterdrückung in den ärmsten Regionen eben dieser Gemeinschaft verstärkt hat? Wie soll die „Europäische Gemeinschaft" dem Frieden und der Völkerverständigung dienen, wenn sie geschaffen wurde, um die Interessen der Imperialisten durchzusetzen? Die Imperialisten haben die Menschheit in diesem Jahrhundert bereits zweimal in einen Weltkrieg gestürzt.

Es war der deutsche Imperialismus, der unter den EG-Staaten eine Vormachtstellung einnimmt, der diese Kriege anzettelte. Und der USA-Imperialismus, der — obwohl formal nicht Mitglied der EG — dort eine dominierende Rolle spielt, ist heute einer der beiden größten Feinde der Revolution und des Sozialismus, einer der beiden gefährlichsten Kriegstreiber. Die NATO, die mit der EG untrennbar verbunden ist, ist sein wichtigstes Instrument zur Unterdrückung der Völker und zur Vorbereitung und Durchführung neuer imperialistischer Kriege.

Wer für Frieden und Völkerverständigung kämpft, darf nicht für die Stärkung der EG und der NATO eintreten, wie es die chinesischen Revisionisten unter dem Vorwand des Kampfes gegen die beiden Supermacht, den russischen Sozialimperialismus, den RGW und den Warschauer Pakt empfehlen. Vielmehr müssen die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen gegen beide Supermächte kämpfen, gegen EG und RGW, gegen NATO und Warschauer Pakt. Denn Frieden und Völkerverständigung können nur im revolutionären Klassenkampf gegen den Imperialismus, gegen die Bourgeoisie im Westen und die neue Bourgeoisie im Osten Europas errungen werden. Wer für die Stärkung der EG und der NATO eintritt, fördert nicht Frieden und Völkerverständigung, sondern verschärft die Kriegsgefahr.

Die EG ist in jeder Hinsicht ein Feind der Arbeiterklasse, der anderen Werktätigen, der Völker im Westen und Osten Europas und der ganzen Welt. Diejenigen, die zur Unterstützung der EG aufrufen, wie es auch die Führer der revisionistischen Parteien vom Schlage Berlinguers, Carillos, Marchais', Mies' und andere tun, beweisen damit, daß sie keine Kommunisten sind, sondern Agenten der Bourgeoisie, die diese Parteien in Parteien im Dienst der Bourgeoisie verwandelt haben. Dasselbe gilt auch für die skandinavischen revisionistischen Parteien, die so tun, als ob sie die EG bekämpfen würden, sie aber in Wirklichkeit in allen grundsätzlichen Fragen unterstützen.

Wir bekämpfen die EG der Monopole. Wir treten ein für die Freundschaft der Völker Europas untereinander und mit allen V ölkern der Welt. Wir treten ein für die Solidarität der Arbeiterklasse ganz Europas und aller Staaten der Welt beim Kampf für ihre täglichen Interessen und im Kampf für den Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie in ihrer Länder durch die sozialistische Revolution und für die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Werktätige Europas, kämpfen wir gegen das Europa der Monopole, gegen die imperialistische Politik, schauen wir nicht auf die verschiedenen imperialistischen Mächte, nicht auf den sterbenden Kapitalismus, schauen wir auf das Beispiel des sozialistischen Albanien.

Die wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen, Freiheit und Demokratie, Frieden und Völkerverständigung lassen sich im Kampf gegen die reaktionäre EG verteidigen und durchsetzen. Zu den Wahlen am 10. Juni rufen wir deshalb auf:

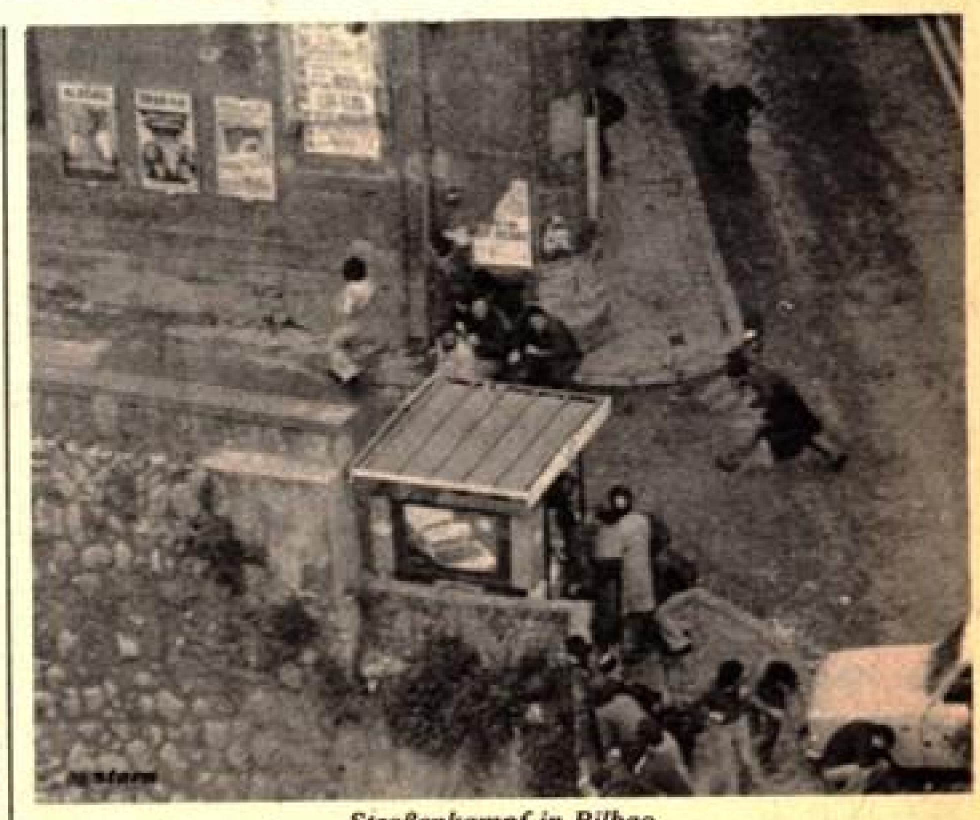
Keine Stimme für das Europa der Monopole!

Massendemonstrationen im Baskenland

Mehr als 100000 Menschen beteiligten sich an einer Massendemonstration in der baskischen Stadt Bilbao. Der gewaltige Aufmarsch richtete sich in erster Linie gegen die Unterdrückung des baskischen Volkes durch das Madrider Regime, aber auch gegen die Ausweisung baskischer Patrioten aus Frankreich nach Spanien.

Auf Spruchbändern und in Parolen forderten die Demonstranten unter anderem die Auflösung des spanischen Unterdrückungsapparats im Baskenland und die Abschaffung des „Antiterroristengesetzes". Dieses Gesetz — mit den Stimmen der Sozialisten und Revisionisten im spanischen Parlament verabschiedet — gibt unter dem Deckmantel der Terroristenbekämpfung den Unterdrückungsorganen weitreichende Vollmachten für Maßnahmen gegen die Werktätigen. Vorbilder für dieses reaktionäre Gesetz waren seinerzeit die Terrorgesetze des Bonner Staates.

An der Massendemonstration beteiligten sich auch die KP Spaniens/ML mit Transparenten in baskischer und spanischer Sprache.



Straßenkampf in Bilbao

Harrisburg: radioaktives Jod ausgetreten

„Wir arbeiten fast völlig blind!"

Totale Konfusion unter den Experten

Daß es im Reaktor „Three Mile Island" in Harrisburg (Pennsylvania) nicht zum tödlichen Bersten der Sicherheitskuppel gekommen ist, grenzt schon an ein Wunder. Mit den Leistungen der Verantwortlichen hat das Ausbleiben des Super-GAUs jedenfalls wenig zu tun. Neuesten Veröffentlichungen zufolge brach die Hilflosigkeit der Experten bei der technischen Behebung des atomaren Zwischenfalls im Primärkreislauf des Reaktors sämtliche Rekorde. Die betroffene Bevölkerung wurde völlig ihrem Schicksal überlassen.

Fast beiläufig wurden von der US-Atomkontrollbehörde NRC weitere Zwischenfälle gemeldet. Während der Reparaturarbeiten ist mehrmals radioaktives Jod in die Atmosphäre abgegeben worden. Vic Stello, Sprecher der NRC, beeilte sich wie üblich mitzuteilen, die ausgetretene Dosis sei viel zu gering, als daß sie eine Bedrohung für die öffentliche Gesundheit darstelle. Nach technischen Einzelheiten befragt, erklärte er: *„Die Messungen über das Jod gehen rauf und runter und es ist schwierig festzustellen, woher es* (das radioaktive Jod, die Red.) *kommt."* Allerdings habe man „gewisse Vorstellungen", versicherte der Sprecher.

Radioaktives Jod entsteht als Spaltprodukt des angereicherten Urans in jedem AKW. Es gehört zum „Gesamtinventar" eines Kernreaktors. Aus der Propaganda der AKW-Betreiber geht hervor, daß es wie die übrigen radioaktiven Spaltprodukte durch Schutzvorrichtungen gleich dreifach von der Außenwelt abgeschirmt ist (Brennstabhülle, Reaktorhülle, Sicherheitsbehälter). Von diesem Schutz kann allerdings bei dem havarierten AKW "Three Mile Island" nicht mehr die Rede sein. Die Brennstabhüllen sind durch das teilweise Zusammenschmelzen des Reaktorkerns zerstört. Durch den defekten Primärkreislauf treten radioaktive Spaltprodukte in den Sicherheitsbehälter aus. Für Harrisburg allerdings ist der Begriff **Sicherheits**behälter wohl kaum zutreffend; er hat mehr die Eigenschaft eines Schweizer Käse.

Das radioaktive Jod ist ein äußerst heimtückisches Gift, wenn es in den menschlichen Körper gelangt. Radioaktives Jod ist sich vor dem Unfall auf den benachbarten Weiden festgestellt worden. Von dort aus gelangt es in die Kuhmilch und findet auf diese Weise seinen Weg in den menschlichen Körper, wo es sich vorzugsweise in der Schilddrüse ablagert. Die von der Schilddrüse produzierten Hormone sind für die Steuerung lebenswichtiger Körperfunktionen (Stoffwechsel, Nerven etc.) verantwortlich. Bereits eine minimale Dosis radioaktiven Jods kann die schwersten Schäden zur Folge haben.

Das alles aber hinderte die amerikanischen Behörden nicht im geringsten, die völlig unzulänglichen Evakuierungsmaßnahmen wieder rückgängig zu machen, die Bevölkerung skrupellos der nach wie vor gefährlichen Strahlung auszusetzen und dazu noch stolz zu verkünden, das Leben in Harrisburg und Umgebung habe sich wieder normalisiert. In Wirklichkeit ist der teilweise zusammengeschmolzene Reaktor aber noch lange nicht unter Kontrolle, die Gefahr eines Super-GAU ist also noch keineswegs gebannt.

Die Arbeit der Rettungsmannschaften gleicht mehr einem Pokerspiel als einer wissenschaftlich qualifizierten Aktion. Der Sicherheitsdirektor der Atomaufsichtsbehörde, Roger Mattson, äußerte vor der Presse, es habe am Tage des schweren Zwischenfalls *„bis Mitternacht gedauert, bis wir jemanden überzeugen konnten, daß die hohen Temperaturen etwas zu bedeuten haben".*

Das Leben von Hunderttausenden von Menschen wurde von den Verantwortlichen gewissenlos aufs Spiel gesetzt. Bereits zwei Tage nach dem schweren Unfall gab Roger Mattson auf einer internen Besprechung zu: *„Wir haben ein Unglück, bei dem wir nicht wissen, wie wir es beilegen sollen. Es gibt keine Gründe, die Leute nicht wegzuschicken. Ich weiß nicht, welchen Schutz wir gewähren, wenn wir die Leute nicht wegschicken."*

Gleichzeitig wurde die Bevölkerung mit offiziellen Erklärungen abgespeist, man habe den Zwischenfall im Griff, es drohe keine Gefahr etc. Bis heute ist die Gefahr nicht gebannt, die Spätfolgen wie Leukämie, Krebs, Mißbildungen bei Kindern usw. sind überhaupt noch nicht abzusehen.

Das einzige, was systematisch geklärt wurde, sind die wirtschaftlichen Probleme der Betreiber von "Three Mile Island". Völlig übereilt wurde das AKW am 30. 12. 1978 in Betrieb genommen, um 3,3 Millionen Dollar Steuern zu sparen. Durch den Ausfall des atomaren Stromerzeugers seit dem schweren Unfall wird täglich für 800 000 Dollar Strom aus einem Nachbarstaat importiert; die Kosten trägt der Verbraucher.

Chaos

„Wir arbeiten fast völlig blind. Die Informationen des Gouverneurs sind verschwommen, ich habe überhaupt keine — ich weiß nicht, es ist, als ob ein paar blinde Männer herumstolpern und Entscheidungen treffen."

(Joseph Hendrie, Chef der US-Atomkontrollbehörde am 30. März, zwei Tage nach dem Unfall)

Neuer Atomskandal in USA

Etwa hundert Atomexplosionen fanden in der Wüste Nevada bis zum Verbot der oberirdischen Atomversuche im Jahre 1963 statt. Die Menschen in den benachbarten Ortschaften wurden über die Folgen der dabei entstehenden radioaktiven Strahlung belogen. Präsident Eisenhower gab die Parole aus: „Laßt die Menschen im unklaren." Man drehte einen patriotischen Propagandafilm. Darin treten keine Schauspieler auf, sondern die Bewohner von St. Georg, einem Örtchen in der Umgebung des Versuchsgeländes. Im Film gehen die Menschen trotz Atomexplosion weiter ihrer Arbeit nach, von dem Atomblitz scheint keine Gefahr auszugehen; so saß eine Mutter mit Baby vor dem Fernsehschirm, als eine Explosion übertragen wurde. Kürzlich deckte ein Kongreßausschuß die tatsächlichen Folgen auf. Unter den Kindern der Testzeit ist die Zahl der Leukämieerkrankungen zweieinhalbmal so hoch wie in anderen Gegenden. Ähnlich sieht es bei den Krebsfällen aus. Der Milchmann von St. Georg ist an Strahlenkrebs gestorben, das Filmbaby ist heute ein impotenter junger Mann.

Ein weiterer atomarer Zwischenfall aus den USA ist bekannt geworden. Aus einem Leck des Reaktors "Big Rock" ist radioaktiv verseuchtes Wasser ausgetreten. Das AKW mußte abgeschaltet werden, die Reparatur kann Monate dauern.

Baustopp für französische AKWs

Gegen das Atomkraftwerk "Belleville-sur-Loire" in der Nähe von Orleon ist ein Baustopp verhängt worden. In der Begründung heißt es, daß ein „Verstoß gegen das Umweltschutz- und Städtebaugesetz" nicht auszuschließen ist. Die Baugenehmigung war erst am 5. Januar dieses Jahres erteilt worden.

Vier weitere Atomkraftwerke südlich von Paris dürfen aufgrund einer richterlichen Verfügung vorerst nicht weitergebaut werden. Die Richter mochten nicht die Garantie dafür übernehmen, daß das Kernkraftwerk ausreichend gegen die radioaktive Verseuchung des Grundwassers abgesichert ist.

Vertrauen in Reaktorsicherheit sinkt

Erst kürzlich wurde bekannt, daß 19 Monate vor dem schweren Zwischenfall im Reaktor "Three Mile Island" in Harrisburg (Pennsylvania) bei einem AKW im amerikanischen Bundesstaat Ohio ein ähnlicher Defekt aufgetreten ist. Wie zu hören ist, wurde eine größere Katastrophe durch das besonnene Eingreifen des Bedienungspersonals verhindert.

Auch in Japan scheint man sich zu der Ansicht durchzuringen, daß die AKWs vom Typ Harrisburg besonders gefährliche Zeitbomben sind. Dort wurde am Osterwochenende die Abschaltung sämtlicher AKWs verfügt, die dieselben Sicherheitsvorkehrungen wie der Harrisburger Reaktor haben.



Genosse Medhi Eghtedar Manech



Genosse Mohamed Djarad Erfani

Kommunistische Partei der Arbeiter und Bauern des Iran

Gedenkfeier für zwei gefallene Genossen

Am 23. März, drei Tage nach dem iranischen Neujahrsfest, hat unsere iranische Bruderpartei mit einer Feier zweier Genossen gedacht, die während der revolutionären Kämpfe für die Sache des Volkes gefallen sind.

Der Genosse Mehdi Eghtedar Manech und der Genosse Mohamed Djarad Erfani, beide Arbeiter, waren langjährige Parteimitglieder. Sie fielen am ersten Tag der revolutionären Erhebung, als sie an der Spitze einer Kampfgruppe, die sie gebildet hatten, zum Sturm auf eine Kaserne der Schah-Armee antraten. Als sie im Feuer der faschistischen Truppen zusammenbrachen, hatte die Kampfgruppe schon eine Reihe von Panzern und Militärfahrzeugen außer Gefecht gesetzt.

40 Tage nach ihrem Tod war die Hauptstadt Teheran mit Plakaten bedeckt, auf denen der beiden Helden gedacht wurde. Die Partei gab an diesem Tag eine Presseerklärung heraus und führte am Nachmittag eine Gedenkfeier auf dem Märtyrer-Friedhof von Teheran durch. Ein Genosse der Kommunistischen Partei der Arbeiter und Bauern des Iran ergriff das Wort, um den beiden Gefallenen die Ehre zu erweisen. Die Genossen hatten auch einen Ordnungsdienst gebildet, der religiöse Kräfte davon abhalten sollte, die Gedenkfeier für ihre Propaganda zu mißbrauchen. Die Teilnehmer der Feier drückten mit revolutionären Parolen ihre Entschlossenheit aus, den Kampf fortzusetzen, in dessen Verlauf die Genossen Mohamed und Mehdi gefallen sind.

Scheinwahlen in Rhodesien

In der Woche nach Ostern begann im Rassistenstaat Rhodesien das von langer Hand vorbereitete Spektakel der Scheinwahlen. Mit diesen Wahlen soll eine sogenannte schwarze Mehrheitsregierung installiert werden — eine Fassade, hinter der das bedrohte Rassistenregime aufrechterhalten werden kann.

Die Wahlen wurden mit blutigen Überfällen auf die Nachbarländer Sambia und Botswana (siehe RM Nr. 16) und dem größten Militäraufgebot in der Geschichte Rhodesiens vorbereitet: Mehr als 100 000 Männer wurden eigens zur Sicherung der Wahl zu Militär und Polizei eingezogen. Während der Wahlen patrouillierten ständig Militär- und Polizeieinheiten in den Städten und Siedlungen. Die "Wähler" werden unter militärischer Bewachung zu den Wahllokalen gebracht. Dort müssen sie ihre Hände in eine Flüssigkeit tauchen, die beim Anleuchten mit einer Speziallampe etwa drei Wochen als weißer Fleck sichtbar bleibt; angeblich dient dies der Verhinderung von Doppelwahlen, in Wirklichkeit aber nur der Kontrolle und Einschüchterung.

Die schwarze Bevölkerung steht unter einem ungeheuren Druck. Schwarze Plantagenarbeiter werden von ihren weißen Unternehmern vielfach mit der Androhung der Entlassung zur Stimmabgabe gezwungen. In den beiden ersten Tagen der Wahl gab es bereits 2000 Verhaftungen. In der Bergwerksstadt Shabani zum Beispiel wurden 15 schwarze Lehrer verhaftet, die sich weigerten, ihrer "Wahlhelferpflicht" nachzukommen. Über 200 Freiheitskämpfer wurden von den bewaffneten Kräften der Faschisten ermordet.

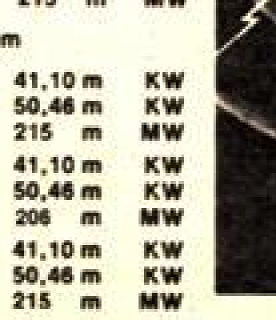
Daß es sich bei den Wahlen in Rhodesien nicht um freie und gleichberechtigte Wahlen handelt, zeigt sich schon an der Tatsache, daß die weiße Bevölkerung bereits vor Ostern "gewählt" hat. Die weiße Minderheit, die in Rhodesien 4 Prozent ausmacht, wird im künftigen Parlament 28 von 100 Abgeordneten stellen. Die weißen Abgeordneten haben ein Vetorecht gegenüber allen Entscheidungen der künftigen "Mehrheitsregierung". Die wirklichen staatlichen Machtinstrumente — Polizei, Armee, Justiz — werden auch künftig unter weißer Führung verbleiben. Welches Wahlergebnis sich die rhodesischen Faschisten auch zurechtmanipulieren und zurechtterrorisieren: an den Verhältnissen in dem Rassistenstaat wird sich dadurch nichts ändern.

Bezeichnend ist jedoch, daß diese Terrorwahlen eine wohlwollende Berichterstattung in der westlichen Presse erfahren, daß sich westliche Politiker bereitfinden, diese Wahlen zu rechtfertigen und aufzuwerten. So reiste etwa der Unionspolitiker und Bundestagsabgeordnete Todenhöfer als „internationaler Wahlbeobachter" nach Rhodesien. Sein Urteil über die Wahlen: Die Rassisten hätten sich "unendliche Mühe" gegeben, alle Anlässe zur Kritik am Wahlverfahren zu beseitigen; gegenüber "Anregungen" seien sie "aufgeschlossen" gewesen.

Die simbabweschen Patrioten setzten in der letzten Woche indessen ihren bewaffneten Kampf fort und gaben damit die richtige Antwort auf die rassistische Wahlfarce. In der Stadt Fort Victoria schossen sie das zweitgrößte Öldepot des Landes in Brand; sie überfielen eine Reihe von Wahllokalen und töteten in einer bewaffneten Aktion einen mit der Wahlorganisation beauftragten Verwaltungskommissar.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
19.00-19.30	1394 kHz	215 m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW





Hotelstreik in Spanien

Hetze gegen Streikende

Spanien erlebt zur Zeit eine Welle großer Arbeitskämpfe, besonders im Transportwesen und im Gaststättengewerbe, im Transportwesen und in anderen Dienstleistungsbereichen. Seit über zwei Wochen streiken zum Beispiel die Werktätigen der Hotels und Gaststätten an der Costa del Sol. Gegen ihren berechtigten Kampf entfalten die Massenmedien — vor allem auch in der Bundesrepublik — eine üble Hetzkampagne.

In den Massenmedien wird der Streik so dargestellt, als würde eine "kleine fanatisierte Minderheit" eine Mehrheit streikunwilliger Kollegen und natürlich auch die Touristen terrorisieren. In Wirklichkeit aber sind es der spanische Staat und die Hotelunternehmer, die einen ungeheuren Druck auf die Werktätigen ausüben. Die Hotelunternehmer haben bereits mindestens 200, wahrscheinlich aber 1 000 Werktätige entlassen. Die Polizei geht mit Verhaftungen und brutaler Gewalt gegen die Streikenden vor und hat bereits mehrere von ihnen verletzt.

Bei den Arbeitskämpfen geht es um grundlegende und dringende Belange der Werktätigen des Hotelgewerbes. Die Arbeiter fordern eine Erhöhung ihrer extrem niedrigen Löhne; sie fordern das Verbot, Arbeiter in drei Schichten hintereinander zu beschäftigen, Arbeitszeitverkürzungen und das Recht auf gewerkschaftliche Betätigung.

— In der Touristikindustrie werden vor allem die Massen der ruinierten spanischen Bauern zu Hungerlöhnen ausgebeutet. Ein Hilfsarbeiter im Hotelgewerbe verdient nur etwa die Hälfte bis ein Drittel dessen, was ein Hilfsarbeiter in der Metallindustrie verdient.

Im März und Anfang April streikten bereits die Werktätigen im Gaststättengewerbe der Provinzen Saragossa, Sevilla, Jaén, Valencia sowie die Busfahrer in Malaga. In der letzten Woche trat ein großer Teil der spanischen Taxifahrer — etwa 70 000 — in den Ausstand.

ALLES HALB SO WILD



General Motors Bestechung per „Richtlinie“ geregelt

Bei dem US-Konzern General Motors — in Westdeutschland vertreten durch Opel — ist sogar die Bestechung ordentlich geregelt — per Rundschreiben. Da gibt es zum Beispiel die Richtlinie Nr. 1329 vom 24. März 1977, die den Titel „Grundsatz betreffend die Zahlung von Gefälligkeitstrinkgeldern“ trägt und vom General-Motors-Vorsitzenden T. A. Murphy persönlich unterzeichnet wurde. Oder die Richtlinie Nr. 1330, ebenfalls vom 24. März 1977, die den Einsatz von „Geschenken an Behördenbedienstete“ betrifft.

In dem ersten Rundbrief heißt es in der geschraubten, ausweichenden Sprache von Weiße-Kragen-Kriminellen: „Der Begriff ‚Gefälligkeitstrinkgelder‘ bezieht sich auf eine in vielen Ländern übliche Praxis, kleinere Beträge an rangniedrige Behördenangestellte oder Angestellte der unteren Ebene in Privatunternehmen zu leisten, um damit Dienste bei der Zollabfertigung von Personen oder Sachen, Ausstellung von Visa, Führerscheinen, Fahrten, der Verkehrsregelung durch Polizisten in der Nähe des Werkes usw. zu erhalten. Es fällt in die Verantwortlichkeit des Generaldirektors, oder der ihm gleichgestellten Führungskraft, in jedem Betrieb in der ganzen Welt sicherzustellen, daß Zahlungen dieser Art entweder ganz ausgeschlossen werden oder, **falls er solche Zahlungen als für seinen Betrieb notwendig erachtet.** Kontrollmaßnahmen vorzusehen, die eine Beachtung der folgenden Grundsätze gewährleisten: Solche Zahlungen sind insgesamt so niedrig wie möglich zu halten, und jede einzelne Zahlung ist so niedrig wie möglich zu halten . . .“

Ein Betriebsrat, der auf einer Belegschaftsversammlung bei Opel Rüsselsheim diese Machenschaften der General-Motors-Kapitalisten enthüllte, kommentierte in seiner Rede vor den Kollegen die „Richtlinien“ treffend und mit Witz:

„Kommentar Nr. 1 dazu: Sogar bei ihren sogenannten Trinkgeldern sparen sie Oder anders ausgedrückt — meine Herren von der Geschäftsleitung: Bei Ihnen möchte ich nicht als Butler angestellt sein!

Kommentar Nr. 2: So **bestechend** das alles formuliert ist, ich weiß nicht, was bei Ihnen eine ‚übliche Praxis‘ ist: Wenn ich als Arbeiter heute irgendwo hingehe und einem Polizisten ein Gefälligkeitstrinkgeld anbiete, kriege ich eine Anzeige wegen Beamtenbestechung. Wenn dann noch bei mir zu Hause schriftliche Unterlagen darüber gefunden werden, wie ich sowas jahrein, jahraus regele, dann krieg ich als unverbesserlicher Dauertäter die Bewährung gestrichen. (. . .)

Es ist unerträglich, mitansehen zu müssen, wie zum Beispiel Meister und Abteilungsleiter mit Pfennigen in der Leistungszulage knausern, während zur gleichen Zeit die Tausendmarkscheine für -zig Zollbeamte zwischen Antwerpen und Ankara bereitstehen.

Es ist unerträglich, mitansehen zu müssen, wie zum Beispiel die Chefs der Personalabteilung ehrliche Kollegen wegen minimalster Sachen mit Verwarnungen und anderen Betriebsstrafen belegen, wie diese Leute bei den Sitzungen vorne sozusagen die fleischgewordene Unternehmermoral verkörpern — während rechts oben in der Schublade ihres Schreibtisches eine derartige Richtlinie liegt, deren moralischer Inhalt meines Erachtens mehr als doppelbödig ist . . .“

Wohlgemerkt: Die besagten „Richtlinien“ ordnen ausdrücklich nur die Bestechung „rangniedriger“ Chargen. — Hat General Motors etwa auch die Bestechung im großen Stil, das Schmieren von Politikern und Parteien, den Kauf ganzer Regierungen per Rundschreiben geregelt?

„Kronprinz Leka“

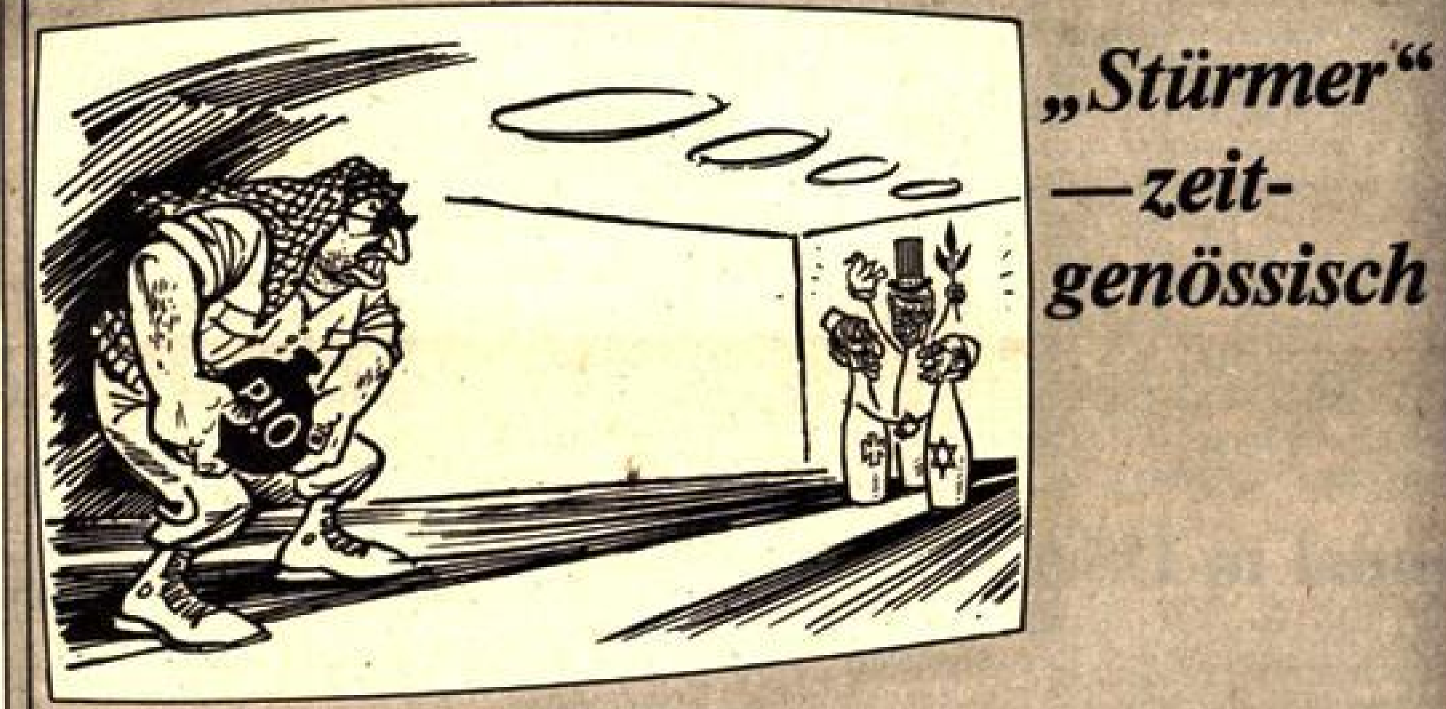
„Kronprinz Leka“ hat bisher nur innerhalb der internationalen Schickeria eine gewisse Bedeutung erlangt. Zusammen mit anderen Feudaltrümmern, mit gelangweilten Fabrikantensprößlingen, glitzernden Schlagerstars und abgewelkten Filmdiven half er die Spalten der Regenbogenpresse füllen. Doch zunehmend zeigt sich: Der Mann hat auch politische Ambitionen. Demnächst will er „König von Albanien“ werden.

Eine „albanische Regierung im Exil“ hat er schon. Bis vor wenigen Monaten residierte sie in Madrid. Sie residierte allerdings auf Wechsel, sie machte Schulden in zweistelliger Millionenhöhe. Das wurde selbst den monarcho-spanischen Behörden zuviel. Sie setzten die „teure“ Ein-Mann-Exilregierung an die Luft. Nun hat Leka in Griechenland um eine Daueraufenthaltsgenehmigung nachgesucht. „Seine Hoheit will möglichst nahe an der Grenze zu seinem Heimatland wohnen“ erklärte ein Abgesandter Lekas.

Ganz ungefährlich ist dieser lächerliche Leka allerdings nicht. Schon in Madrid wurden in seiner Wohnung Waffen gefunden, die — nach seiner eigenen Angabe — für einen Guerillakampf in Albanien bestimmt waren. Nach Griechenland beabsichtigt er gar zwei „Militärberater“ mitzubringen — ostasiatische Prinzen und „Spezialisten für den Guerillakampf“, wie es heißt. Gegenwärtig soll sich das blaublütige Trio in Rhodesien oder Südafrika aufhalten, um dort an Ort und Stelle die „Guerillatätigkeit“ zu studieren.

Seine Ansprüche auf den „albanischen Thron“ leitet Leka aus seiner Abstammung her. Sein Vater war der berüchtigte König Zogu, der in den zwanziger und dreißiger Jahren das albanische Volk rücksichtslos ausplünderte und unterdrückte, der das Land den italienischen Faschisten öffnete, es ihnen 1939 ganz überließ und sich ins Ausland absetzte . . .

Auf einen „König Leka“ haben die Bewohner des sozialistischen Albanien gerade noch gewartet. Leka soll aufpassen, daß er dem Land nicht zu nahe kommt, sonst wird er am Ende noch am Kragen gepackt und eingesperrt — womöglich in den Zoo! Da fehlt nämlich noch so ein schillernder aristokratischer Vogel! Und wenn er tot ist, wird er ausgestopft und kommt ins Museum, Abteilung „Menschliche Vorgeschichte“.



Auf den ersten Blick könnte man meinen, es handle sich um eine Karikatur aus dem NSDAP-Hetzblatt „Der Stürmer“. Der *Weltjude* scheint da dargestellt zu sein, mit großer *semitischer* Nase, mit haßvoll gebleckten Zähnen, *hinterhältig* sich anschleichend, eine Bombe in der Hand. Doch halt! Auf der Bombe stehen die Buchstaben PLO — das Zeichen der palästinensischen Befreiungsorganisation. Und die Figuren, denen der Anschlag gilt, sind die „Partner“ Begin und Sadat und ihr „Friedensengel“ Carter.

Die Karikatur stammt aus der Gegenwart. Sie ist Teil einer Kampagne, die in den bürgerlichen Massenmedien zur Verteufelung des palästinensischen Befreiungskampfes, zur Verteufelung des arabischen Widerstands gegen das angebliche Friedens- und wirkliche Kriegsabkommen zwischen Ägypten und Israel entfaltet wird. Und die Zeitung, die diese Karikatur druckte, ist die „Einheit“, die Zeitung der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie.

Welche politische Mentalität, welcher politische Standpunkt muß den Führern dieser Gewerkschaft eigen sein! Ihre Zeichnung im „Stürmer“-Stil würde jedem neonazistischen Schmierblatt Ehre machen!



Sonntag, 29. April, 16.20 Uhr, ZDF, Charlie Chaplin: **Ein Hundeleben** (USA 1918). Ein Kritiker nannte den Stummfilm das „erste vollständige Kunstwerk“ des Films.

\+ + +

Sonntag, 29. April, 21.30 Uhr, ZDF, Charlie Chaplin: **Der Pilger** (USA 1923). Der Film, in dem Chaplin mit kleinstädtischer Frömmelei und Heuchelei abrechnet, wurde im US-Staat Pennsylvania zunächst verboten, weil er „die Prediger der heiligen Religion lächerlich macht“.

\+ + +

Sonntag, 29. April, 22.10 Uhr, Hessen III: **Jean Renoir.** Porträt des großen französischen Filmregisseurs.

\+ + +

Montag, 30. April, 20.00 Uhr, DDR-Fernsehen I: **Lissy** (DDR 1957; Regie Konrad Wolf). Spielfilm nach dem gleichnamigen Roman von F. C. Weiskopf. Den historischen Hintergrund der Geschichte des jungen, lebensfrohen Arbeitermädchens Lissy bilden die Jahre 1932/33, bildet die Machtergreifung der Hitler-Faschisten.

\+ + +

Montag, 30. April, 21.15 Uhr, WDR III: **Eine Landpartie** (Frankreich 1936). Spielfilm des Regisseurs Jean Renoir nach einer Erzählung Maupassants. Anschließend wird im gleichen Programm (21.55 Uhr) Renoirs Spielfilm **Charleston** (1936) gezeigt.

\+ + +

Dienstag, 1. Mai, 16.15 Uhr, ZDF: **Wir waren die Junge Garde.** Film von Ursula Lücking und Bernd Wiegmann über die Arbeiterjugendbewegung.

\+ + +

Mittwoch, 2. Mai, 22.55 Uhr, ZDF: **Land.** Fernsehspiel von Otto Jägersberg. Am Beispiel einer Bauernfamilie versucht Jägersberg die Lage der Bauern realistisch darzustellen: Der Landwirt Albrecht Rotter bewirtschaftet einen Hof mittlerer Größe. Er ist stark verschuldet. Durch Spezialisierung auf Schweinemast hofft er, sich sanieren zu können. Das mißlingt. Es kommt zur Zwangsversteigerung . . .

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML; REDAKTION „ROTER MORGEN“, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92.

5100 **AACHEN**, Viktoriastr. 35, geöffnet: Di 16.30-18.30, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr

4630 **BOCHUM**, Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen“, Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88, geöffnet: Mo, Mi, Do 16.00-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6100 **DARMSTADT**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit“, Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16.00-18.30, Mi 12.00-13.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

4600 **DORTMUND** 30 (Hörde), Parteibüro der KPD/ML, Wellinghofer Straße 103, Tel.: 0231 / 43 36 91 u. 43 36 92, geöffnet: Mo-Fr 14.00-18.00, Sa 9.00-14.00 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Bücherstube“, Alleestr. 49, Tel.: 0203 / 55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-14.00 Uhr.

4300 **ESSEN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Helenenstr. 35, Tel.: 0201/ 62 42 99, geöffnet: Do 16.00-18.30 Uhr.

2390 **FLENSBURG** (Duburg), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Burgstr. 5, geöffnet: Sa 10.00-12.00 Uhr, Tel.: 0461 / 2 96 01.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611 / 77 12 00, geöffnet: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

7800 **FREIBURG**, Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di u. Do 17.00-19.00 Uhr, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen“, Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

3000 **HANNOVER**, Buchladen „Roter Morgen“, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, geöffnet: Di-Do 17.00-19.00, Sa 9.00-13.00 Uhr.

7100 **HEILBRONN**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: „Ernst-Thälmann“-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di u Fr 17.00-19.00 Uhr.

3500 **KASSEL**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Arbeiterbuchladen „Klartext“, Mittelgasse 9, Tel.: 0561 / 1 65 07, geöffnet: Mi-Fr 15.30-18.00, Sa 10.00-13.00 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02, geöffnet: Mo-Mi u. Fr 9.00-13.00 u. 15.00-18.00, Do 9.00-13.00 u. 15.00-18.30, Sa. 9.00-13.00 Uhr.

5000 **KÖLN** 91, Buchladen „Roter Morgen“, Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24, geöffnet: Mo, Di, Do, Fr 17.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit“, Ruthenstr. 1, Tel.: 0621 / 69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13.00 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen“, Frauenhoferstraße 13, Tel.: 089 / 260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

8500 **NÜRNBERG**, Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 43 80 43, geöffnet: Mi-Fr 17.00-19.00, Sa 10.00-14.00 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9.00-13.00 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Westberlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 465 39 66, geöffnet: Mo, Di, Do u. Fr 11.00-18.00, Mi 15.00-18.00 u. Sa 10.00-13.00 Uhr.